

# Ostland

## Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Girschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin, 1932.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierzehnjährig, 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Auflagenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Heftspalte: Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Legibleiste 1.20 M.

Nr. 23.

Berlin, 3. Juni 1932.

13. Jahrg.

Inhalt: S. 262: 13. Jahrestagung des Deutschen Ostbundes, I. S. 272: Herriet und die Polen, I. S. 273: Unruhen in Odessa. — Ein französisches Urteil über Polen. — Eine politische Zeitkritik in Polen. I. S. 274: Das heilige Dreieck. — Polen mit Osteuropäern betreut. — Polnische Mutterkunst vor Polen. — Die polnischen Arbeiter. — Die polnische Stimmung im Kreise Polonier. — Die polnischen Jan Kiliński verurteilt. — Das politische Gedanktum in Wien. — Das wilhelminische Gymnasium gefährdet. I. S. 275: Aus der Bundesarbeit. — Seine neuen Sicherungsverfahren mehr. — Arbeitsdienst im Osten. — Entschädigungsstellen. — Bundesdenkschriften. I. S. 276: Aus der Bundesarbeit. — E. 277: Heimatredaktion.

## 13. Jahrestagung des Deutschen Ostbundes in Berlin.

Jahreicher Besuch aus dem ganzen Reiche. — Einhellige Beschlüsse zu den wichtigsten Ostfragen. — Protest gegen die politischen Raubgelüste. — Der Ostbundgedanke marschiert! — Förderung der Frauenarbeit und der Jungcharen.

Der Deutsche Ostbund hielt am 27. und 28. Mai in Berlin seine 13. Jahrestagung ab. Sie fand in den Räumen des Volksdeutschen Klubs statt und war von Vertretern aller Landesverbände aus allen Teilen des Reiches gut besucht. Der vorgelegte Jahresbericht zeigte, daß der Deutsche Ostbund im abgelaufenen Jahre trotz der Wirtschaftskrise und sozialen Zeitnot wiederum eine ebenso bedeutsame wie mannigfaltige Tätigkeit ausgeübt hat, und daß er in ungebrochener Kraft dasteht, wenngleich auch er unter den schweren Zeiten zu leiden gehabt hat. Auch in finanzieller Hinsicht hat er, ebenso wie seine Tochtergesellschaften, die schweren Stürme des vorigen Jahres gut überstanden. In eingehenden Aussprachen wurden organisierte Fragen aller Art geklärt und entschieden. Vor allem aber bemühte sich die Ausprache um die aktuellen Fragen der Ostpolitik, die im Vordergrund unserer Inner- und Außenpolitik stehen. Die Bundesversammlung nahm Stellung dazu in einer Reihe von Entschließungen, die durchweg einstimmig Annahme fanden, ein Beweis für die Geschlossenheit des Deutschen Ostbundes in allen wichtigen Ostfragen. Es wurde eine Reihe neuer wichtiger Anregungen gegeben, die die Erweiterung der Tätigkeit des Deutschen Ostbundes zur Folge haben werden. Der weitere Ausbau der kulturpolitischen Tätigkeit des Deutschen Ostbundes soll — darin waren sich alle Anwesenden einig — mit allem Nachdruck betrieben, die Aufklärung über den deutschen Osten in diesen entscheidenden Zeiten mit allen Mitteln gefördert, die Bildung neuer Frauendienstgruppen und neuer Jungcharen bei den einzelnen Ortsgruppen nachdrücklich betrieben und deren Arbeit sielbemuth mit in den Dienst der Aufklärung aller Bevölkerungsschichten über die Bedeutung der Ostfragen gestellt werden. Es gilt, die Zeit wahrzunehmen, angefischt der bevorstehenden Neugestaltung der Verhältnisse Europas die Stimmung für eine Neuordnung der Zustände in unserem Osten zu nutzen.

### Eine Präsidialfiktion,

die von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr dauerte, ging am Donnerstag, der Tag vor dem eigentlichen Kongress, ab. In ihr wurden eine Reihe wichtiger Organisationsfragen besprochen, während ein anderer Teil der Verhandlungen der Vorberatung der Bundestagung und einer Vorberatung der auf ihr zu erledigenden Angelegenheiten galt.

### Hauptvorstandssitzung.

Der Hauptvorstand, der vor den Vorsitzenden aller Landesverbände und dem Bundespräsidenten gebildet wird, tagte am Freitag in der Zeit von vormittags 10 bis abends 7 Uhr. Alle Vorstandsmitglieder bis auf zwei, die sich vertreten ließen, waren anwesend.

Vor Eintreten in die Tagesordnung widmete Bundespräsident Sinfeld den vielen Landsleuten, die im letzten Jahre durch Tod aus den Reihen des Ostbundes ausgeschieden sind und die den Deutschen Ostbund bis zum letzten Atemzug die Treue gewahrt haben, berührtliche Worte des Gedankens. Die Amelenden erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen.

Im Anschluß daran dankte Bundespräsident Sinfeld der großen Zahl derer, die sich jahrsweise, jahrein ehrenamtlich im Deutschen Ostbund engagieren. Ihre Fandamente im Bundespräsidium, in den Landesverbänden und in den Ortsgruppen betätigten und dabei unangetastet blieben, unfeier altertümlichen Heimat und den dortigen Landsleuten zu helfen, und die den Kampf gegen das im Osten drohende Untergang mit aller Kraft fortführten, er hat alle Getrauen, in dieser schweren Rettungszeit auch künftig nicht erschlagen in dem gezeigten und ausführlichen Kampf um Volk, Heimat und Vaterland, in dem wir stehen, und forderte auf, diejenigen Landsleute, die in diesem Kampf mitten zu werden drohen, nicht aufzugeben, sondern um ihre Stelen zu ringen und sie wiederzergewinnen für das gemeinsame Kind unsrer großen, gute und gerechte Sache.

Röder gab dann unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht einen kurzen Überblick über den Stand der Ostbundangelegenheiten, worauf Herr Bundespräsident Schmid die vorgelegte Abrechnung für 1931 erläuterte. Es folgte eine eingehende Ausprache über die Lage des Ostbundes, die Tätigkeit der Bundesleitung, die Verhältnisse in den Landesverbänden und die Schwierigkeiten in manchen Ortsgruppen, wobei eine vielfach fruchtbare Rücksicht geübt und manigfältige Anregungen gegeben wurden.

Im Anschluß daran erfolgte die Bevollmächtigung des Haushaltsoffizials für 1932. Dann wurden die eingegangenen Anträge eingehend besprochen, was von selber zu grundlegenden Aussprüchen über wichtige Organisationsfragen, über die künftige Werbätigkeit und Aufklärungsarbeit usw. führte.

In das Bundespräsidium wurde an Stelle des Herrn Archivars Dr. Rupke, Stettin, der sein Amt niedergelegt hat und dem Herrn Sinfeld für die großen Verdienste dankte, der er sich in langjähriger Tätigkeit als Präsident und als Vorsitzender des Landesverbands Pommern erfreuen hat, Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. E. Helm, Leide, gewählt. Zugleich wurden Anträge über die künftige Zusammensetzung des Bundespräsidiums vorbesprochen.

Die vorgelegten Richtlinien für die Tätigkeit der Bundesorgane, die durch die im vorigen Jahr angenommenen neuen Bundesfahnen notwendig geworden sind, wurden besprochen und genehmigt, ebenso eine Geschäftsausweitung für das Posen- und Abrechnungswezen im Deutschen Ostbund.

## Die geschlossene Vertreterversammlung

begann Sonnabend vormittag 10 Uhr. Bundespräsident Gischel dankte noch herzlichen Begrüßungswörtern für das höhere Er scheinen, das um so erfreulicher sei, als der Bund dieses Mal in einer besonders bewegten und schwierigen Zeit Trete. Wenn die amtlichen Stellen offen erklären, daß im Osten demokratisch bis zu drei Millionen Morgen Land von Wirtschaften, die auch durch die Oberspitze des bisherigen Regentum nicht erhalten werden können, in andere Hände übergehen dürften, so braucht man kein Wort weiter zu verlieren über die ungeheure Gefahr, in der sich unsere Ostrommern befinden (Zustimmung). Nicht nur, daß es sich um den Ruin jahrelanger Sämlings handelt, die zum Teil seit Jahrhunderten auf ihrer Scholle angesiedelt waren und die trotz aller Entbehrungen und verwirbelten Umstüden, sich zu halten, infolge der Unentstehbarkeit des Landwirtschafts ihres Existenz verlieren und entwurzelt werden, wie Ostländer wissen alle aus eigener Erfahrung, wie wahr das Sprichwort ist, "hat der Bauer Gold, hat's die ganze Welt" und wir wissen daher auch, daß eine solche Katastrophen der Landwirtschaft im Osten auch für die jährliche Verdökerung, für Industrie und Handel, Handwerk und Arbeiterschaft, ja für das ganze wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Städte selbst von verhängnisvoller Bedeutung werden kann. Von den drei Millionen Morgen Land, die zum Verkauf kommen, sollen ja, während eine Millionen Morgen zur Ausfertigung bestimmt sind, jene 1 Millionen Morgen als Siedlungsland verwandt werden. Wir wollen hoffen, daß durch Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel endlich eine wirklich großzügige Ostföldung jenseitens kommt und dadurch eine Glutwelle unserer Menschen nach dem Osten getragen und dort wirklich bilden wird. Aber um letzteres zu erreichen, muß unbedingt in erster Linie dafür gesorgt werden, daß die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird; sonst kann der für unsre Wirtschaft erreichbare Erfolg nicht eintreten. Jedenfalls muß die Auswöhl der Siedlungsgebiete mit besonderer Sorgfalt erfolgen, damit unnötige Rückschlüsse vermieden werden. Es müssen vor allen Dingen Menschen angeleitet werden, die die Verhältnisse des Ostens kennen, die die Eignung und Kraft haben, sich dort unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen zu behaupten. Unter den aus dem abgetretenen Gebiet Brittschlesien oder sonst aus den Ostrommern abgewanderten Deutschen, die vorübergehend in den westlichen und sonstigen deutschen Industriegebieten Arbeit gefunden hatten und jetzt dort zu meist als Erwerbslose ein trübes Dasein fristen und sich von ganzen Herzen nach dem Osten zurückzubehen, befinden sich viele, die auf dem Lande groß geboren und durchaus bereit sind, nach dem Osten zurückzukehren und sich als Siedler wieder emporzuwerben, denen aber das Gold fehlt, um die nötigen Anschaffungen leisten zu können. Reich und Staat können nichts Besseres tun, als daß diese welsch kinderreiche Sämlinge für das Siedlungswerk zu jüfern und ihnen die Möglichkeit zur Übernahme, wenn auch zunächst nur kleinerer Stellen, zu geben, damit sie wieder in gelinde Verhältnisse kommen. Natürlich ist es bei der heutigen Finanzmisere nicht leicht, die Gelder dafür aufzubringen; aber wo ein Will ist, wird sich auch ein Weg finden, die Siedler auch wertvolle Menschenkräfte mobil machen, die mehr wert sind, als Gold.

Zweiterliches Menschen nach dem Osten zu schaffen, sei heute notwendiger denn je, wo das Polentum seine Raubherrschaft aus weitestem Deutschland und darüber hinaus zu erkennen gebe. Wir dürfen den Osten nicht veröden lassen, um ihn nicht der ohnedies großen Gefahr der Sämlingssierung auszusetzen. Eben erst habe ein polnischer Schriftsteller, Wladimir Wasow, mit Großschen feststellen können gezeigt, daß die Deutschen, die sonst im Verlauf ihrer Geschichte stets noch jedem Riederbuch und in schwerster Zeit den Drang nach dem Osten nicht aufgegeben hätten, jetzt drauf und dran seien, dies zu tun, da die Deutschen nicht nur in Moskau die abgetretenen Gebiete verloren hätten, sondern durch eine zunehmende Abwanderung mehr und mehr auch die ihnen überlassenen Ostrommern verloren ließen. Dieser polnische Schriftsteller habe auch festgestellt, daß das Polentum sich momentan in jener wichtigsten Volksgruppe, die sich zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr befindet, ganz anders verhält als die deutsche Bevölkerung, und daß somit in 40 bis 50 Jahren die Bevölkerung des polnischen Staates — die heute nur rund holt so groß sei wie die Deutschlands — die gleiche Stärke erreicht haben werde. Wenn auch, so führt der Redner, der liebe Gott dafür zu jungen Pfeift, daß niemals die Bäume in den Himmel wachsen und wenn wirtschaftliche und andere Verhältnisse auch dazu beitragen können, daß jene politischen Hoffnungen sich nicht erfüllen, so müssen wir Ostmärker uns doch die Frage stellen:dürfen wir einer möglichen Entwicklung dieser Art ruhig zusehen, oder haben wir nicht vielmehr vor allen anderen deutschen Volksgenossen die Pflicht, unverletzt auf die in der Tat in dieser Hinsicht im Osten drohenden hinzuweisen und als Hüter der Olgrenze zu verlangen, daß das Bismarckdiktum, daß Parlament und Presse, Staat und Reich diesen Fragen, die einfach ausdrücklich gegen die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes sind, noch viel höher Aufmerksamkeit zuwenden, als es jetzt gefehlt? (Lebhafte Zustimmung). Der Deutsche Oftbund hat Ihnen vor Jahren auf seiner großen Breslauer Tagung auf die bevölkerungspolitische Bedeutung der Ostrommern eingindringlich hingewiesen und hat damals eine systematische Ostföldung verlangt, und bald darauf auch eine eindrucksvolle Proklamation des Herrn Landtagsabgeordneten Pitschke: "Wir siedeln oder wir sinken!" verbreitet und auch sonst in jeder erdenklichen

Weise auf die große Gefahr einer Verödung des Ostens hingewiesen. Gewiß ist eine Ostföldung großen Stils unbedingt notwendig, aber es ist mit ihr allein nicht getan, und es ist vor allem Eile geboten. Wer möchte das bezeugen in einer Zeit, in der die Pole offen laufen, die einige richtige Lösung der Korridorfrage für die, der im Oste preußen zu Polen geflüchtet werden, in der im Inneren gehen und offen die Lösung zu begründen suchen, daß alles Land bis an die Oberkarpaten das Land sei und daher Polen noch zugeschlagen werden müsse, obwohl das Unterstreiche dieser Forderung vor aller Welt offenkundig ist und sie eine Phantasierei darstellt, genau so wie die politische Parole, die ein Polen vom Meer zu Meer, d. h. von der Oste bis zum Schwarzen Meer, fordert und dem auch sei: das ganze politische Volk steht hinter diesen Forderungen und ist bereit, jedes Opfer dafür zu bringen. Die unangefeste Aufteilung Polens, für die der Kaiserkrieg Staats, den dritten Krieg aller Staatsausgaben aufwenden, die Militärstrafierung der Zivilbevölkerung und der Legionen, Schülern und Jugendverbänden, ja die Schaffung beiderneuer Grauenorganisationen, die sich der Verteidigung der Mitglieder für ihre Verwendung im Kriegsfalle melden, die Aufforderung des polnischen Kriegsministers, daß jedes polnische Haus eine polnische Festung sein müsse, die Bildung einer Reservearmee im Korridor, die Eindeutschung der uns entzerrten Gebiete und das jahrelange Vorbringen des Polentums über die Grenzen und das Gefahren im großen wie im kleinen, die nicht nur für unseren Osten, sondern für unser Vaterland verhindern soll werden können, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt und wenn nicht für eine geschlossene Abwehr gesorgt wird. (Robbaßer, Besitz). Durch Aufklärung der breitesten Massen auf diese Gefahr hinzuweisen und diesen Aufwärtskampf zu fordern und in ihm in den mannsförmigen Belästigungsformen mitzuwirken, das ist die große geistige Aufgabe unseres Bundes wie der andern Ostverbände. In diesem Kampf haben wir Mitglieder der Ostverbände als das gleiche Ziel, den gleichen Willen und den gleichen Herzhagel. Warum wird es hoffentlich gelingen, früher oder später auch zu einem gezielten und geschlossenen Vorbringen der Ostverbände zu kommen. Wie dahin muß unsere Parole lauten: "Sekretär marschiere, aber vereint schlagen." (Zustimmung).

Wie sehr die Dinge im Osten sich zugespitzt haben, das war bezeichnend die Erfache, daß jüngst der Vertreter zweier großer englischer Blätter, die sich in Polen aufhielten, ihren Zeitungsmenüs konnten, Polen bereite für den 1. Mai einen bewaffneten Überfall auf Danzig vor, wobei es das längstestille bleibe, ob dieser Überfall durch regulären Militär oder durch politische Freiheitserhebungen ausgeführt werden sollte. Wer sich erinnert, daß Wilno, die alte Hauptstadt Litauens, durch einen politischen militärischen Handstreich Litauen entnommen und Polen einverlebt worden ist, wie sich das Einfallskraut litauischer Freiheitshelden in das Menland erinnert, der werde die Gesichte, die in der Beziehung im Osten drohen, nicht unterschätzen.

Roch weitere Ausführungen über die Lage des Freistaates Danzig und die ihm von Polen her drohende Gefahr sowie nach Hinweisen die anderen Gefahrenbreite im Osten warf der Redner in groben Zügen Streiflichter auf die möglichen Komplikationen, die sich durch die Entwicklung des Verhältnisses in Sowjetrußland und im östlichen Osten für uns ergeben könnten, und betonte, daß sich dadurch in zähler und fernterer Zukunft leicht Wirtschaftskatastrophen ergeben könnten, gegenüber denen möglicherweise unsere jetzige Wirtschaftskrise nur ein schwacher Anfang sei, und es könnten dem westeuropäischen Beeinflussungen von Sowjetrußland her folgen, die das Schlagwort vom Untergang des Abendlandes, d. h. der abendländischen Kultur, in bedenkliche Weise rücken. Und damit kommt der Redner auf die Möglichkeiten, die von Japan und China mit seinen 300 Millionen Menschen her drohen, so kommen vielleicht neue Volkerwanderungen aus dem fernen Osten, gegen die Völkerbewegungen der alten Germanen und die früheren Mongoleninvasie ein Kinderpiel worten. Im Verlauf so gewaltiger Wandlungen könnte zwar auch die Polensfrage eine leichte und einfache Lösung finden, als jemals heute zu hoffen wäre. Aber die Wellenbewegung einer Entwicklung, die eine solche Höhe herbeiführt, könnte leicht auch Schlesien überfluten und überforderte Umgestaltungen herbeiführen.

Wenn wir die Dinge so leben, so wird uns mehr wie je klar werden, daß die Zukunft unseres Vaterlandes von der Entwicklung im Osten, wo so vieles im Slaw ist, abhängt, daß darum, wenn wir nicht bloß dem Tage leben wollen, sondern auch an die Zukunft denken, eine siebzehnte Ostpolitik im Mittelpunkt der ganzen Arbeit unseres Volkes stehen muß und daß von der richtigen Lösung dieser Fragen glatt Gedieb und Verderb des Vaterlandes abhängen wird.

Das müssen wir schärfster denn je betonen in einer Zeit, in der wir auch innenpolitisch in einer großen Wandelung stehen, bei der es sich ja in erster Linie um andere Dinge handelt; gerade darum aber müssen wir im Gefühl unserer befreiten Verantwortung als Ostmänner darauf hinweisen, daß jede Bewegung in deutschem Volke, sie mag weilen wie sie will, in erster Linie darauf gerichtet sein muß, im Osten die

Beschäftnisse wieder in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft hier wieder gefund zu machen, damit Stadt und Land nicht veröden, sondern nördwärts kommen, die deutsche Kultur im Osten nicht in Trümmer sinken zu lassen, sondern sie mit alter Kraft aufzubauen. Denn in dem mehr als tausendjährige Kampf um den Osten liegt unzweifelhaft dasjenige Volk, das die höhere Kulturstellung und verbreitet und dadurch die größere Anziehungskraft ausübt.

Damit ist unserer Arbeit, unserer Organisation die Bahn vorbereitet, sie muß den Menschen helfen, die sonst in Eile und Not zurück und allein gegen die allgemeinen Zeitschärfen sich nicht wenden und die sich nicht selbst helfen können — den Menschen dieses der Grenze, hier sie Verbrüderung, die erst noch in den Wirtschaftsverträgen unseres Volksstums wieder eingerichtet werden kann, leben es Einbeimischen, denen die Augen großgeöffnet werden müssen über das was auf dem Spiele steht, daß es gilt, dem Osten zu helfen, damit seine Wirtschaft und seine Kultur, die mit ungeheurem Geschäft geschaffen worden sind, nicht zugrunde gehen, damit der Osten nicht weiter verarmt und verödet, daß er nicht wiederum zum Cummingplatz vordeingender slawischer Völker wird, wie derauf auch der großen Bevölkerungsänderung, das so dem Vaterland das nördliche Volkserhalten werden muß, das es vor dem Untergange retten kann.

Den Menschen hilft man nicht nur durch, daß wir ihm materielle Not bekämpfen, sondern auch dadurch, daß wir sie in innerer Einsicht und zu innerer Wandlung bringen. Natürlich muß der Mensch, um leben zu können, zunächst das tägliche Brot und ein Dach über dem Kopf haben. Darum werden wir in der Entschließungsfrage den Kampf um eine gerechte und einigermassen ausreichende Schadholzung nicht aufgeben, bis dieses Ziel erreicht ist. Wer zugleich wollen wir stets und ständig unseres Mitgliedern wie den weitaus Volksskreisen klarstellen, daß der Mensch nicht vom Brotalein lebt, daß er nicht nur für das tägliche Brot sorgen, sondern auch für die Ewigkeit schaffen muß, d. h. daß er sorgen muß in erster Linie auch für alles das, was ein Volkstum in guten und bösen Tagen erhält und es geeignet macht, zum Träger großer Ideen zu werden, die die Menschheit vorwärts bringen. Späteren Geschlechter werden nicht fragen, was wir in dieser Zeit geleistet, sondern was wir geben, um das Unglück des Kriegsausgangs zu mindern, um unser Volkstum auf der Höhe zu erhalten und wieder nördwärts zu bringen. Genau wie oft, wenn wir uns mit der Vergangenheit unseres Vaterlandes beschäftigen, nicht danach fragen, was in früheren Zeiten, die nicht besser waren wie die unsrigen, unsre Vorfahren getilten haben, sondern nur danach, was sie aus dem Unglück gelernt, wie sich im Unglück bewährt und was sie getan haben, um wieder bessere Zeiten herzuzaubern. Wenn wir unsere Arbeit so aufsetzen, dann werden wir ganz von Sehnsucht nicht nur das Ohr und die Seele unserer ehemaligen Volksgenossen haben, sondern viele deutsche Brüder und Schwestern im Reich und darüber hinaus gewinnen, dann wird sich ergeben, daß wir einen Kreislauf gegen Not und Untergang führen, daß wir einen heiligen Krieg führen, in dem wir die Unterstützung aller das Volksgemessen mit Recht verlangen können. Treiben wir die Arbeit in unserem Bunde so, dann wird es weniger vorkommen, daß Leute uns den Rücken kehren, weil sie ihre Erziehung bekommen haben und nun glauben, der Ostbund könnte ihnen nicht mehr nutzen, daß die Intelligenz uns verlässt, weil sie glaubt, sie werde bei uns nur auf die Wohnbehnung materieller Interessen stehen, daß die Einheimischen uns fernbleiben, weil sie glauben, der Osten gebe sie nichts an. Wir werden dann im Gegenteil eine neue Entwicklung erleben: dann wird unsere eigene Jugend und — wie das jetzt zum Teil schon der Fall ist — auch die einheimische Jugend uns begierigst jüdzten, unsre Reihen verstärken und die Lücken auffüllen, die der Tod täglich in erschreckendem Maße in die Reihen unserer Mitglieder riss. Dann werden unsere Frauen noch begeisterter als bisher sich um unser Banner scheren und werden die Schwestern aus der einheimischen Bevölkerung ihnen folgen, weil sie die Sonne der Hoffnung im Osten aufgehen sehen, Kunstmöglichkeiten der Entwicklung für unser Volk erblicken, die auch ihren Kindern, die jetzt im vorigen Vaterland so wenig Aussicht haben, sich irgendwo eine Existenz schaffen zu können, Aussichten auf Arbeit und Erfolg bieten. Dann wird der Deutsche Ostbund werden, was er werden muß: eine große deutsche Volksbewegung, bestellt von dem Gott obduscher Menschen, aber getragen von dem Verständnis und der Mäßigkeit aller deutschen Volksgenossen.

Unter lebhaften Beifall schloß der Redner nach kurzen Darlegungen über die Südroute mit dem Befehl, daß die Verhandlungen der Bundesversammlung unbedingt aller Kritik, im Geiste des Brüderlichkeit und des Strebens nach dem gleichen Ziele geführt werden müßten, um beizutragen zur Erreichung der großen unverzichtbaren Ziele des Deutschen Ostbundes, zum Segen des Ostens und zum Heile des Vaterlandes.

Bei unserm althergebrachten Bundespräsidenten, Herrn Gehirnau Oberregierungsrat von Cilly, war, wie der Verhandlungsteilnehmer bekanntgab, ein Schreiben aus Würzburg eingelaufen, in dem er mitteilte, daß er wegen dringender Behinderung zu seinem lebhaftesten Bedauern an der Bundesversammlung nicht teilnehmen könne, allen Teilnehmern herzliche Grüße entbot und den Verhandlungen besten Verlauf wünschte.

Unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht (auf dessen reichen Inhalt wie noch zurückzukommen) gab Bundespräsident Günther dann einen kurzen Überblick über

#### Die Lage des Deutschen Ostbundes.

Er wies darauf hin, daß die Wirtschaftskrise und die umgehende Not, in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes herrschte, namentlich auch unter den Ostdörflingen, sich natürlich auch in der Mitgliedsverbindung des Deutschen Ostbundes geltend gemacht habe. Da großer Zahl haben Erwerbslose und Arbeitsamtsschäfte von den Mitgliedsbetrieben ganz oder teilweise befreit werden müssen. Andere Mitglieder haben sich abgemeldet oder einfach nichts mehr von sich hören lassen, so daß sie gezwungen werden müssen. Und so ist eine Schrumpfung im Mitgliedsbestande eingetreten, die in manchen Ortsgruppen größer, in anderen kleiner ist, aber sie doch immerhin im ganzen empfindlich bemerkbar macht. Freilich ergaben die Jahresberichte der einzelnen Ortsgruppen, daß nicht diesen Abgang durch Werbung neuer Mitglieder mehr oder minder ausgeglichen wurde; ja, es gibt eine gar nicht kleine Anzahl von Ortsgruppen, die es verhindern haben, durch besonders geschickte Werbung, insbesondere auch unter den Einheimischen, ihren Mitgliedsbestand erheblich zu verstärken. Von den Ortsgruppen sind immerhin 40 sogenannt. Dabei handelt es sich freilich zumeist um kleinere Ortsgruppen, die ohnehin seit einiger Zeit mehr oder minder auf dem Papier standen und die hauptsächlich eingesagten sind, weil durch Todessfall, Krankheit oder Verzug der bisherige Säuber ausscheiden war und nicht sofort durch eine geeignete Persönlichkeit ersetzt werden konnte. Die Mitglieder sind darum dem Deutschen Ostbund nicht immer vorlängen gegangen, sie haben sich vielmehr zum Teil anderen benachbarten Ortsgruppen angegeschlossen; vielleicht sind schlafende Ortsgruppen auch zu neuem Leben erwacht, außerdem sind 6 Ortsgruppen neu gegründet worden. Die Zahl der Ortsgruppen betragt am Jahresende 440. Rednet man dazu noch die uns angehörigen Vereine und Verbände, so beträgt die Gesamtzahl über 500.

Die Zahl der Gruppenmitglieder beträgt 67; eingetragen ist im vergangenen Jahre keine einzige, wohl aber sind einige neu gebildet worden.

Die Jungenbewegung ist durch Herren Dr. Thiele neu in Gang gebracht worden. Eine große Anzahl neuer Jungfahrer hat sich im letzten Jahr aus unseren Ortsgruppen heraus entzweit, und durch das glänzend verlaufene erste Reichstreffen unserer Jungfahrer in Gernrode hat unsere Jugendbewegung zweifellos einen starken, neuen Auftrieb erhalten.

Redner ging dann kurz auf das Verhältnis des Deutschen Ostbundes zu den Behörden und Parlamenten ein. Dieser Überblick ergab, daß sich nichts Wesentliches geändert hat. Dann betrafst es über das Verhältnis des Bundes zu den anderen Ostverbänden, wobei er betonte, daß zwischen den Bundesleistungen mehr Freundschaftlichkeit, in jedem Soße mit mindestens korrekten Bezeichnungen besteht, daß infolgedessen mit den Verbänden vierfach bei Rundschauungen zusammengeführt werden konnte, und daß auch im Lande überall zwischen den Landesverbänden und Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes und den übrigen Untergruppen der Ostverbände und sonstigen landesmannschaftlichen Organisationen ein gutes Verhältnis besteht und daß vielfach zwischen ihnen Arbeitsgemeinschaften gebildet werden sind, die mit bärkarem Erfolge nach außen hin auftreten können. Dabei gab der Redner dem Wunsche Ausdruck, daß diese Beziehungen überall auch weiterhin mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden möchten und daß, im Lande es an einem solchen Zusammenkommen der Ost- und Grenzlandverbände noch fehlt, auf diezeit Hervorbringung besonderer Wert gelegt werden möchte.

Was die Tätigkeit des Bundes angeht, so wies der Redner auf die Entschließungsfrage hin und auf die Arbeit des Bundes, die zur endlichen Abschaffung der Emigrationen ein gefüllt hat, sowie auf die erfolgreichen Bemühungen um Stillhalzung der Südwähler gegenwärtiger Gefährdeten, die ihre Südwählerbevölkerungen haben belieben lassen. Ferner um die Auflösung gefährdeter Kommandobehörden dieser Art durch das Reich, setzte auf die Tätigkeit der Wiederaufstellung der Entschließungsgruppe. Er betonte, daß in großen Säulen die eindrucksvollste und umfassendste Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet bzw. insbesondere die erste Ostdeutsche Rundfunkwoche und die Mitwirkung der Ostbundleitung, dabei hervor Jowis Mäzenbelehrtes Erwachsenen, sondern auch eines solchen Schulkindes aus Stadt und Land zu erhalten. Die weiters manifesternde kulturpolitische Tätigkeit ergibt sich aus dem Jahresbericht.

Die Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund habe die allgemeine Wirtschaftskrise das vorjige Jahrzehnt gut überstanden und keine Verluste zu beklagen, namentlich deshalb, weil durch die von ihr geübte Zurückholung beim Ankunftsplatz während der Hauptkrisezeit sie von den Entwertungen, befunden des lebendigen Inventars, verschont geblieben sei. Die angeleiteten Siedler sind fast ausnahmslos auf ihren Stellen, hätten natürlich ihrerseits ebenfalls schwierig

alle Landwirte unter dem Preisverfall zu leiden, so daß auch in ihrem Interesse die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft im allgemeinen gefordert werden müßte.

Die Wohnungsbaugeellschaft Deutscher Ostbund habe durch die Notverordnungen über das Wohnungswesen bei den Inhabern der über 600 Wohnungen, die sie erhielt habe, hinsichtlich der Mieten entgangenkommen müssen und habe dies infolge der behördlichen Herabsetzung des Zinssufes und infolge sonstiger eigener Maßnahmen auch gekonnt, ohne in Schwierigkeiten zu geraten. Bei der Gesellschaft Aufbaukredit (Wohlbauhilfe) sei es gelungen, die gewährten Kredite trotz der außerordentlichen schwierigen Lage durchzubalten und Wohngmoahnahmen gegen Vorleistung zu verhindern; auch sonst sei wertvolle traurändische Arbeit auf diesem Gebiet geleistet worden.

Über die Tätigkeit der sonstigen, dem Deutschen Ostbund angehörenden oder nebeneinander stehenden Geschäftshäusern und über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen des Ostbundes gibt der Jahresbericht ein gedrängtes Bild. Hervorgehoben sei noch, daß die Rechnungsabteilung im Laufe des Jahres sich aufgezeigt hat. Besonders umfangreich war die Tätigkeit unserer Verwaltungsstelle für Bedrängungsschäden, die hauptsächlich mit Anträgen auf Rückholung der Emigrantenleute und Wohlfahrtsanträgen beschäftigt war, sowie unsere Aufwertungsabteilung, die mit der Aufwertung deutscher Hypotheken in Polen und deutscher Spottkollenguthaben in Polen beschäftigt war.

Besonders erfreulich war der Erfolg der Kinderhilfe im abgelaufenen Jahr, d. h. des Jerleineraufenthaltes mit Polen. Es konnte nicht nur eine recht hohe Anzahl von Kindern aus Deutschland nach Polen zum Jerleineraufenthalt bei Verwandten oder in Pensionsstellen geschickt, sondern vor allem deutsche Kinder aus dem abgetrennten Gebiete, insbesondere auch aus dem Posener Land und Oberösterreich, während der Jerlein in Deutschland untergebracht werden, zum Teil in unserem "Haus Ostan" in Berlin, was nicht nur ihrer Gesundheit in übertreibendem Maße zugute kam, sondern vor allem ein seelisches Erlebnis für sie war, das sie nie in ihrem Leben vergessen werden, eine Freude, die schwer zu beschreiben ist und die man miterlebt haben muß, um zu wissen, was ein solcher Jerleineraufenthalt von Kindern, die im politischen Land und in politischer Umgebung leben müssen, im deutschen Land bedeutet. Keiner wies denn noch kurz auf die Heimatpende und auf sonstige Maßnahmen zur Unterstüzung der deutschen Brüder und Schwestern jenseits der Grenze hin und betonte, wie wichtig jede Fürsorge gerade für die unter der in Polen befindlichen großen Wirtschaftsnation leidenden Deutschen im abgetrennten Gebiet ist. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Ostbund, wie auch die Zeiten bald eingelogen mögen, stark, kraftvoll und geflossen auch durch die nächsten Jahre zu bringen sei und doch er seine Tätigkeit zum Wohl des Ostmark und zum Heile des Osterlandes auch weiterhin und hoffentlich noch in verstärktem Maße werde ausüben können.

Herr Geheimrat Schmidt trug als Vorarbeiter der Finanzabteilung des Deutschen Ostbundes der Versammlung vorliegende

#### Rechnung für 1931

vor, indem er die einzelnen Posten erläuterte und darauf Mitteilungen an die bisherige und künftige Entwicklung der finanziellen Verbätnisse knüpfte. Gegenüber dem Voranschlag für 1931 war z. B. zu beachten, daß die Bundesbeiträge vom 1. Juli 1931 mit 25 Pfennig auf 20 Pfennig herabgesetzt waren, daß die allgemeine Wirtschaftssituation auch auf der Bundeswehrkasse "Ostland" nicht spurlos vorbeigegangen ist, und daß ebenso die Einnahmen aus dem staatlich genehmigten Betrieb von Küstenschiffspostkarten sowie die Ergebnisse aus den Zusatzaufträgen einen Rückgang erfahren mußten. Diese Mindestrerträge sind durch Mindestaufgaben, z. B. bei den Gehätern, zum Teil ausgeglichen worden. Durch den Ausgaben für Kulturarbeit im engeren Sinne wurden die Leistungen für Ausstellungen, Jugendarbeit und anderes besonders erläutert und darauf hingewiesen, daß insgesamt mehr als ein Drittel der eingesammelten Bundesbeiträge dafür verwendet werden konnten. Nach lebhafter Erörterung und nachdem die Rechnungsprüfer ihren Besluß ertheilt hatten, wurde die Rechnungslegung für 1931 genehmigt und der Bundesleitung die Entlastung ausgeschrieben.

Vorauf erläuterte Herr Geheimrat Schmidt den ebenfalls vorgelegten

#### Voranschlag für 1932,

aus dem hervorzuheben ist, daß eine weitere in den Verbätnissen begründete Einschränkung der Gehaltsausgaben zu verzeichnen ist. Die wesentliche Verbilligung, die bei dem Konto Haushaltserhaltung durch Umlauf in die jüngsten Räume des Schuhbauhauses entstanden ist, wurde gern zur Kenntnis genommen. Der Haushaltsvoranschlag wurde dann in der vorgesezten Form in Höhe von 173.800 RM. in Einnahmen und Ausgaben mit der Maßgabe verabschiedet, daß der Polen Kulturarbeit noch durch einen größeren Betrag, der nötigenfalls den Rücklagen zu entnehmen ist, verstärkt werden soll, um angesichts des neuerlichen Grenzkampfes eine erhöhte Werbefähigkeit für die Verfolgung der Ziels des Ostbundes durchzuhauen und die hierfür entlebenden Sachausgaben decken zu können.

Am Abschluß hieran sprach Herr Günzel im Namen der Versammlung Herrn Geheimrat Schmidt für die im letzten Krisenjahr besonders schwierige und verantwortliche Kollaboration herzlichen Dank aus. Ferner dankte er allen Mitarbeitern in der Bundesleitung, allen Ab-

teilungsleitern und Angestellten für ihre Hingabe in schwerer Zeit und ebenso allen in der Organisation ehrenamtlich tätigen Männer und Frauen, wie auch den Vertretern der Frauen- und Jugendgruppen für ihre verdienstvolle, selbstlose, tapferste und erfolgreiche Unterstützung der Befreiungsbewegung des Ostens.

Als Rechnungsprüfer für das künftige Jahr wurde Herr Kattau-Berlin wieder, Herr Landeskreisrat Becker-Stellin neuwohlzt.

Es folgte nun eine längere zusammenfassende

#### Ausprobe

über die bisherigen Veratungsgesetze, also über die aktuellen Offzagen und über die Lage des Deutschen Ostbundes und seine Tätigkeit. Im Anschluß daran wurden einstimmig die nachstehenden Entschließungen angenommen:

#### Entschließung zur Memelfrage.

Wir stellen mit herzlichem Dank und großer Freude den ungewöhnlichen Erfolg des memeländischen Deutschenbunds bei der letzten Landtagswahl fest. Wir erblicken darin die mutige Entschlossenheit der dortigen Volksgruppen, in größter Drangsal und trock großer drohender Gefahren erstmals an ihrem Volkstum festzuhalten. Wie allein die „unveräußelbare“ Memel- und Polen-Grenzenbeschaffung, das polnische Volkes mit dem memeländischen Deutschenbund fest und gebunden stand in Zukunft unveräußelbare Freude und tapfrige Führung.

Wir protestieren erneut auf das schärfste gegen die unverhörliehe und ungerechte Vergewaltigung des memeländischen Deutschlands durch Litauen, fordern von der Deutschen Reichsregierung, die ihrerseits an die Memelkonvention nicht gebunden ist, daß sie die berechtigten Interessen des memeländischen Deutschlands auf der Grundlage des Memelstatuts mit allen juristischen Mitteln schützt, und verlangen, daß den Memeländern das Recht der Selbstbestimmung in Form einer unabhängigen Volksabstimmung aller Einheimischen, vertriebenen und obgezwungenen Memeländern über die zukünftige Staatsangehörigkeit ihrer Heimat eingeräumt wird.

#### Entschließung zur Kordonfrage.

Die in Berlin liegende Bundesversammlung erhebt vor aller Welt erneut hochdrücklichste Einprach gegen die in letzter Zeit rücksichtloserweise dar je durchgeführte Entvölkerung des ehemaligen deutschen Ordenslandes, des heutigen Weißrussischen Kordon, durch Polen, insbesondere gegen die mit allen Mitteln betriebene wirtschaftliche Entvölkerung und Vertreibung seit alters Zeiten dort ansäßiger deutscher Familien, gegen die Sorscherung der einleitigen Annexion der polnischen Autonomiegebiete gegen deutsche Grundbesitzer, gegen die jüdische Gerechtsame hohenprozentige Zerstörung des sämtlichen Schulwesens und die rücksichtlose Polonisierung sämtlicher kulturellen Einrichtungen. Sie fordert, daß endlich der Schutz der deutschen Kinder in Minderheit im ganzen abgetrennten Ostgebiet, insbesondere auch im Kordongebiete, durchgeführt und daß der betreffende Abwehrkordon die Revision des Versailler Vertrags und die Neugestaltung der Verhältnisse Europas das Unrecht im Osten wieder gutgemacht und die Deutschland im Frieden entzogene Gebiete zurückgegeben werden. Die kann und wird Frieden in Europa sein, ehe nicht die finale Zersetzung des deutschen Reichsgebietes und die Abtrennung Ostpreußens und Danzigs vom Vaterlande befestigt sind.

#### Entschließung gegen die polnischen Raubgelüste.

Die Bundesversammlung stellt mit starker Begeisterung die großen Erfolge fest, die Ostpreußen, Oberschlesien und anderen Teilen des Reiches, sowie dem zu Utrecht vom Reiche losgetrennten Kreisstaat Danzig vor polnische Seite drohen. Der Verlust Danzigs durch Owingen wirtschaftlich zum Erlegen zu bringen, die mit allen Mitteln betriebenen direkten Polonisierungsbemühungen in Danzig, die von großen englischen Zeitungen enthülte Absicht, Danzig durch reguläres polnisches Militär oder organisierte polnische Freikräfte zu überrollen und dauernd dem polnischen Staat einzunehmen, die offen ausgesprochene Absicht polnischer Führer auf Einverleibung der vom Deutschen Reich durch den Weißrussischen Abgeschnitten Provinz Ostpreußen und die nicht minder offen verkündete Absicht der polnischen Propaganda, das polnische Reich bis zur Oder zu erweitern, bedeuten nicht nur eine dauernde Beunruhigung der ganzen Bevölkerung des deutschen Ostens und damit eine tödliche Bedrohung des deutschen Ostens, sondern auch eine besondere Gefahr für das ganze Deutsche Reich und das gesamte deutsche Volkskum.

Die Bundesversammlung weisterner auf die ernste Gefahr hin, die die unangestrebten polnischen Bemühungen, die Welt-

meinung über die deutsch-polnischen Verhältnisse zu fälschen, herzuholen. Sie weiß mit Entstaltung insbesondere an die Verluste des Malerkünstlers Padewski, des eigentlichen Ueberhofs des polnischen Umkreises in Posen, hin, die er auf seiner gegenwärtigen Konferenz durch Amerika untersucht, durch Ansprachen und Publikationen Amerika und die übrige Welt in den Glauben zu versetzen, die uns entzerrten Ostegebiete und die von Polen geforderten weiteren deutschen Gebiete seien ein wohlbefundenes Land.

Die Bundesversammlung weist Jerner auf die Gefahr für den Weltfrieden hin, die in der unangemessenen militärischen Ausstattung Polens und in seiner Militarisierung der osteuropäischen Vereine aus der Jugendverbände, einschließlich der Scouting, besteht. Sie fordert, daß dieses verderbliche Treiben durch Beschlüsse auf der Abstimmungskonferenz in Goss in Ende gemacht wird, die die Reichsregierung auf dieser Konferenz auch weiterhin die Gleisberechtigung Deutschlands mit den übrigen Mächten mit allen Nachdruck verteidigt und daß, so lange diese Gleisberechtigung praktisch nicht hergestellt ist, sie auch ihrerseits ganz besondere Sorge auf die Erstärkung der deutschen Jugend legt.

Der Bundesleitung wird von der Bundesversammlung die Verpflichtung auferlegt, ihren ganzen Einfluß in diesem Sinne dauernd geltend zu machen und auch ihrerseits innerhalb ihres Wirkungskreises die Erstärkung der Jugend nach Môhrgabe der vorhandenen Kräfte und Mittel ganz besonders angelehn zu lassen und dabei insbesondere auch den etwa nötig werdenden Abwehrkampf im Osten in Auge zu behalten.

#### Einführung zur Ostfeldungsfrage:

Die Bundesversammlung nimmt mit Erfüllung Rechtsaustausch vom dem katastrophalen Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft im Osten und von der Unmöglichkeit, im Rahmen der bisherigen Osthilfe die Katastrophe zu verhindern oder wenigstens auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Da das weitere Begehen der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung auch den Rücken der Städte im Osten vor Zölle haben muß, fordern wir von Regierung und Staat, Parlament und Volk dringend die unabdingt notwendige weitere Hilfe für die Landwirtschaft und damit für die gesamte Wirtschaft des deutschen Ostens.

Wir verlangen Jerner Maßnahmen, die einen wirklichen Schuh dafür geben, daß nicht die ländliche Siedlungsbrüche in den östlichen Grenzgebieten durch politische Sogenarbeit auf dem Grundstücksmarkt befristet würden. Eine verstärkte Ostfeldung ist noch wie vor die wichtigste Voraussetzung für jede Ostpolitik. Ihr Erfolg ist eine besonders sorgfältige Auswahl der Siedler notwendig. Da den Reihen unserer Mitglieder, namentlich auch im westdeutschen Industriegebiet, befindet sich fähige Siedlungsbemüher, denen auch bei behinderter Eigenmittel die Wiederanfang im Osten ermöglicht werden muß, weil sie mit den Verhältnissen des Ostens von früher her vertraut und auch sonst besonders geeignet sind.

Eingehend wurden hierauf die eingegangenen Anträge beraten. Da die Wahlzeit der jetzigen beiden Bundespräsidenten im nächsten Jahre abläuft, wurde auf Vorstlog des Landesverbands Hannover-Braunschweig-Sachsen-Anhalt zu Vorberatung der Präsidentenwahl ein Zusatz eingelegt, dem gemäß wurden die Landesverbandsvorsteher des Kreiskomitees Bielefeld-Chemie, Schleswig-Holstein, Tönning, Güstrow, Lübeck, Flensburg, Kiel, Hamburg und Wendland-Frankfurt a. M. Durch die Annahme dieses Antrages wurde eine Anzahl weiterer Anträge für erledigt erklärt.

Eine andere Gruppe von Anträgen betraf die künftige Zusammenfassung des Gesamtpräsidiums. Dazu teilte die Verbandsleiterin zunächst die vom Bundesvorstand vorgenommene Erwähnung mit, durch die Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Chiemse-Calle neu in das Präsidium gekommen ist. Jerner wies er hin auf den Vorstlog des Hauptvorstandes, daß Herr Dr. Chiele als Rechtsgrundbesitzer zu den Beratungen des Präsidiums, die Angelegenheiten des Jungsdienstes betreffen, zugelassen werden soll. Ein Antrag des Landesverbands Sachsen-Anhalt, wonach künftig die Landesverbände in fünf Wahlgruppen zusammengefasst werden sollen, und zwar so, daß jede Gruppe einen Vertreter in das Bundespräsidium entsendet und daß dieser Vertreter jedes Jahr von einem anderen Landesverband gewählt wird, so daß jeder Landesverband die Austritt hat, zeitweise in das Bundespräsidium vertraten zu sein, wurde einem Antrag überreicht, bestehend aus den Herren Oberlandesgerichtsrat Dr. Chiemse-Calle, Verlagsdirektor Tottendorf-Landsberg an der Warthe und Notar Blum in Potsdam. Dieser Antrag soll die Frage, wie die Zusammensetzung der einzelnen Landesverbände am zweckmäßigsten zu erfolgen hat, eingehend prüfen und der nächsten Bundesversammlung „Durchschlag“ machen.

Viejenigen Anträge, die eine weitere Herauslösung des Bundesbeitrages forderten, wurden mit Rücksicht darauf, daß die Bundesbeiträge erst in der letzten Bundesversammlung von 25 auf 20 Pf. je Kopf und Monat herabgesetzt worden sind, abgelehnt, nachdem die Gründe der Antragsteller in vollem Umfang erstaßt gewürdigt worden waren, die Gegenstände aber als durchschlagend angesehen wurden.

Alle Anträge, die Sitzungsänderungen betroffen, wurden auf Vorstlog des Hauptvorstandes der Bundesleitung zur Berichtigung überreicht; einmal im Hinblick darauf, daß die neue Satzung erst in vorgerückter Zeit beschlossen und vor kurzem erst vom Regierungsrat genehmigt worden ist, zum anderen aber im Hinblick auf die jüngstigen Entwürfschriften des § 18 der neuen Satzung. Um letzterem Rechnung zu tragen, wurde zugelagt, daß künftig die Einladungen zur Bundesversammlung 6 bis 8 Wochen vorher erfolgen sollen. Dabei wurde darüber hingewiesen, daß Anträge auf Sitzungsänderungen von Landesverbänden jederzeit im Laufe des Jahres für die nächste Bundesversammlung eingerichtet werden können; je früher das geschieht, um so besser ist es. Vor der nächsten Bundesversammlung wird eine Reprüfung der Satzung in die Wege geleitet werden, bei der die eingerichteten Anträge nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen, worauf der Entwurf der obengenannten Satzung den Landesverbänden vorliegt rechtzeitig zugeliefert werden soll.

Andere Anträge, die die Sitzungsordnung des Bundes, die Förderung der Kulturarbeit sowie der Scouting- und Jugendarbeit, das Siedlungsziel, die Erziehungsaufgabe usw. betreffen, wurden, so weit sie nicht durch bereits gefasste Beschlüsse erledigt waren, angenommen. Die Aussprache darüber ergab viele bedeutsame Anregungen für die Arbeit der Bundeszentrale sowie der Landesverbände und Ortsgruppen.

#### Über die kulturpolitische Arbeit

sprach Herr Dr. Franz Lüdtke. Er rechnete in großen Zahlen die Aufgabe, die Sendung, die geschichtliche Mission, die der Deutsche Osthund zu erfüllen und durchzuführen hat. Der Deutsche Osthund ist nichts Zufälliges, sondern aus Rot und Rotwendigkeit erwachsen. Nicht die Erfahrung des Verlustes weiter Ostegebiete und der Verdrängung einer Million Deutschen genügt, seine Bedeutung zu erklären. Vielmehr muß er sich bewußt eingliedern in das vielseitigjährige Ringen um den deutschen Ostrau, muß der starke Erzäger der vielseitigjährigen Osthilfe sein. Das gibt ihm, der dem Bunde angehört, seine persönliche Aufgabe und mit ihr einen persönlichen Wert. Das läßt aus einem bloßen „Verein“ einen „Bund“ entstehen. Ein „Verein“, in dem sich Deutsche um irgendwelche Dinge willen vereinen, läuft leicht wieder auseinander und zerfällt, wenn kriegerische Zeiten ihn erschüttern oder Missgeschicke ihn verunmachen; dem ist er nicht gewachsen, denn seine Mitglieder sind nicht von der jüngsten Idee beeinflußt, die ein „Bund“, eine Schar von Verbündeten, Verbündeten heißt. Idee des Osthundes kann nicht eine Vertretung noch so notwendiger, aber doch vorübergehender, politischer Interessen sein; Idee des Osthundes ist der Gedanke, der Wille; das deutsche Volk im Ostrau um Leben und wohlfahrtshaltende Kraft zu führen. Ohne den Ostrau kann niemandes Deutschland, weder vor tausend Jahren noch heute. Nicht um des Ostraus, sondern um Deutschlands willen ist ums das Osthund notwendig. Wieder rechnete der Redner die dreifache Orlmark in der und für die wir arbeiten müssen: Das weite Osthund unterhalb unserer Reichsgrenzen vom baltischen Meer bis Siebenbürgen; die uns verbleibende, gefährdet Orlmark östlich der Oder und jenseits des Kortorids; endlich das Orlmarkentum und das für die Ostaufgabe zu gewinnende Deutschland im Reich und in aller Welt. Das praktische Wirken des Osthundes gilt dieser dreifachen Orlmark, und jedes, das beispielhafte Stückchen Kleinarbeit, ist nur vom Osthund unserer großen geschichtlichen Aufgabe aus zu verstehen und zu leisten. Dass in der heutigen Zeit der Umsturz, der Auseinandersetzungen Kulturarbeit nicht bloß theoretisch, nicht bloß verstandsmäßig getan werden kann, sondern dass sie Kampf sein muß, das der Ostgedanke ein Kampfsgedanke, ein Eidsgedanke, ein Befreiungs- und Erlösungsgedanke ist, das der Ostrau in jahrtausendlanger Volksbildungsfestigung zu neuem Menschenwert empfielet, das zeigt der Redner und langjährige Kulturläufer unseres Osthundes an einer Fülle von Einzelheiten, denen die Zuhörer mit immer steigender Spannung folgten. Der begeisterte Redner, in dem schließlich diese Spannung sich löste, als Dr. Lüdtke abschließend von dem Ziel des Grenzmarktes und seiner Verpflichtung sprach, bewies, daß die große Aufgabe erkannt und in aller Herzen lobend geworden war.

Bundespräsident Girschel dankte Herrn Dr. Lüdtke in warmen Worten für seine inhaltsreichen Ausführungen, von denen hier nur die Hauptgedanken kurz wiedergegeben sind, und in denen er wiederholt Dr. Chiemse nahm auf eine Denkschrift über unsere Kulturarbeit, die er vor kurzem den Landesverbänden hat zugeworfen, so daß er von der Wiederholung ihres Inhaltes absehen konnte.

Herr Dr. Chiele ging im Anschluß daran auf Einzelheiten der praktischen Arbeit der Kulturlabteilung des Deutschen Osthundes ein und berührte die Fragen der Kulturlabteilung und des Wirkens für die Orlmark seitens der Landesverbände und Ortsgruppen, führte beispielhaft gelungene und erfolgreich Beispiele solches Wirkens an, betonte die Wichtigkeit einer steten, engen Verbindung mit der Presse und gab dafür, wie auch für andere Fragen des praktischen Wirkens eine Reihe bemerkenswerter Anregungen. Seine Ausführungen wurden ebenfalls mit lobhaftem Beifall aufgenommen.

### Über die Jungchararbeit

berichtete in seiner Eigenschaft als Reichsjugendführer des Deutschen Oßbundes ebenfalls Herr Dr. Schiele. Er gab einen kurzen Überblick über den Stand der Jungcharakter-Organisation im Deutschen Oßbund, hörte hervor, in welcher erfreulichen Weise neuordnungen die Jungcharakterarbeit sich entwickelt habe, wies auf das erste Reichstreffen der Oßbundungscharakter in Sennende hin und betonte, wie inniger und starker Weise sich dort die Vertreter unserer Jungcharakteren aus dem ganzen Reich zusammengeschlossen und von wie starken Gemeinsamkeitsgeist sie heftig seien. Er legte dann die hauptsächlichsten Grundsätze dar, von denen er sich in der Führung der Jungcharakterbewegung leiten lasse, und daß, also Landesverbände und Ortsgruppen sich der Wichtigkeit der Heranbildung aller Jugendlichen in die Jungcharakter bewußt seien, doch sie die bestehenden Jungcharaktere noch Möglichkeit fördern und da, wo Jungcharaktere noch nicht vorhanden sind, auf die Gründung solcher bedacht sein möchten. Der lebhafte Besuch, den auch diese Ausführungen fanden, bezeugte die allgemeine Zustimmung.

Dem von der Bundesleitung entworfenen, vom Gesamtpräsidium und Hauptvorstand genehmigten Richtlinien für die Jugendarbeit wurde zugestimmt. (Die Richtlinien gehen demnächst allen Ortsgruppen zu.)

Im Anschluß daran erfolgte die einstimmige Annahme der nachstehenden

### Eutschließung über die Förderung der Jugendarbeit im Deutschen Oßbund:

„Die Bundesversammlung hat mit Donau Kenntnis genommen von dem glänzenden Verlauf des ersten Reichstreffens der Jungcharakteren des Deutschen Oßbundes in Sennende. Sie betont, daß die Heranbildung der deutschen Jugend in die Aufklärung für die Bedeutung der Oßtrassen einer der wichtigsten Aufgaben des Oßbundes ist, und möchte es allen Ortsgruppen zur Pflicht, dieser Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, auf die Bildung neuer Jugend- und Jungcharaktergruppen bedacht zu sein und deren Tätigkeit mit liebvollem Wohlwollen zu fördern.“

Der kraftvoll aufstrebenden Gemeinschaftsbewegung der ostdeutschen Jugend im Deutschen Oßbund ein herzliches Glückwunsch und Oßheil!“

### Über die Mitarbeit der Frauen

hielt Frau Frieda Lautke, die verdienstvolle Vorsitzende der Frauengruppen im Landesverband Berlin-Brandenburg, ein eindrucksvolles Referat.

Sie betonte, wie stark auch in den ostdeutschen Frauen die soziale Bedürfnis vorhanden ist, sich im Interesse der alten Heimat zum Nutzen des Vaterlandes im Sinne der heute wieder so eindrucksvoll dargestellten Bestrebungen des Deutschen Oßbundes zu betätigen. Dafür dette Beweis dafür sei, daß sich die ostdeutschen Frauen in den Ortsgruppen des Deutschen Oßbundes mehr aus eigenem Antrieb schon in zahlreichen Sälen zu Frauengruppen zusammengefunden hätten und dadurch im Rahmen der Oßbundgruppen wertvolle Arbeit leisteten. Es werde gesagt für die Frauen einen starken Ansporn zu weiterer Be-tätigung bilden, daß Herr Bundespräsident Günsche in seinem Referat über die Lage des Deutschen Oßbundes gelöst habe, manche Ortsgruppenvorstände hätten ihm mitgeteilt, daß bei ihnen in den Frauengruppen ein stärkeres Leben herstelle als in der Ortsgruppe selbst. Freilich seien die ostdeutschen Frauen vielleicht nicht gewohnt, in der Öffentlichkeit hervortreten und sie hätten deshalb eine gewisse Scheu, sich als leistungsfähige Gruppe zu betätigen, in eigenen Veranstaltungen hervortreten um. Diese Scheu müßten sie ihre Ortsgruppen überwinden helfen. Das gefäßte am besten dedurh, daß man die Bildung der Frauengruppen nicht, wie es manchmal der Fall sei, erschwert, sondern erleichtere, daß man den Frauen noch Möglichkeit entgegenkommene und sie zu der Arbeit, zu der sie besonders geschickt seien, heranziehe. Dazu gehöre in erster Linie die Arbeit an der Jugend. „Die Jugend bekommen Sie schwer oder gar nicht, wenn Ihnen dabei die Frauen, die Mütter nicht helfen“ (lebhaftes Zusammenspiel). Weiter liegt den Frauen besonders die Fürsorge. Wenn es gilt, Alleinlebende, Alle und Kranke in ihrer Wohnung aufzufinden, um ihnen mit Rat und Tat beizustehen, in taktischer Weise Erklärungen über die Verhältnisse solcher Personen anzuputzen, um in Entschädigungs- und Fürsorgefällen befürwortend auftreten zu können, wenn es gilt, einfachen, in Rat befindlichen Frauen, die ein Kind erwarten, eine Schwangerschaftsstützung zu stiften, Mütterinnen zu beruhigen, Kinder zu betreuen, bei den Wohnschaftsämtern erhöhte Zuwendungen zu erkämpfen, dann seien in vielen Sälen die Frauen unersetzlich. Natürlich sei es gut, wenn z. B. bei den Wohnschaftsämtern die Ortsgruppen die Tätigkeit solcher Fürsorgetermine unterstützen. Sonst besonders wichtig sei die Mitmiknung für die Durchführung der Kinderhilfe (Austausch deutscher Tierkindchen mit den abgetrennten Oßgebieten), ein wichtiges Werk, an dem sich alle Ortsgruppen beteiligen sollen. Dies sei jetzt die Unerkunft von 70 deutschen Kindern aus Polen während der Zeit in Deutschland geschehen. Aber auch über das charitative Gebiet hinaus könnten die Frauen den Ortsgruppen wertvolle Dienste leisten. Sie möbe sie bei der Vorbereitung von sozialen Veranstaltungen usw. nicht nur, wie das überall wohl geschehe, bei den Weihnachtsfeierlichkeiten, sondern auch bei Stiftungsfeiern, Ausflügen usw. So werde das Jahr nicht nur zum Schaden des Gelings dieser Veranstaltungen und ihres materiellen Erfolges sein. Verantwortet eine Frauengruppe für die Ortsgruppe den Mutter-

tag, eine Adventsfeier oder eine ähnliche Veranstaltung, durch die östmarkische Sitten und Gebräuche zu Ehren gebracht werden, so werde das auch den männlichen Teilnehmern, wie die Erfahrung beweise, eine innere Erhebung gebrachten und den Zusammenhalt unter den Landsleuten festigen. Auch Jenk sei es auf der Hand liegend, daß, je mehr die Frauen sich an eine Ortsgruppe gesellten würden, sie auch das Interesse der Männer an dem Bundesleben lebendig erhalten. Doch daneben die Frauen älter, wenn nicht gar monatlich einmal, unter sich zusammenkommen, sei nobelstellend und habe sich in vielen Ortsgruppen für die Pflege des landesmarktschaftlichen Geistes glänzend bewährt. Der Werbung für das „Oßland“, dem Vertrieb des Ostdeutschen Heimatkalenders, der Kunstabholkarten und Briefmarkenmarken des Deutschen Oßbundes werde sich die Frauennetzwerke auch gern und mit höheren Erfolgen unterziehen, wenn sie in ihren Frauengruppen häufig dazu aufgerufen und auf die Bedeutung eines solchen fremdländischen Hilfsbetriebs für den Deutschen Oßbund hingewiesen werden. Vor allem aber seien die Frauen in ganz besonderer Weise geeignet, auch in die einheimischen Kreise der Bewohnerung Aufklärung über die Oßtrassen zu tragen, und so mitzuwirken an dem großen Ziel des Deutschen Oßbundes. Doch diese Frauennetwerke eine immer lebendiger werde, so daß bald keine Ortsgruppe mehr ohne Frauengruppe sein werde, und daß die Mitarbeit der Frauen im Oßbund in immer stärkerem Maße organisiert werde und auch durch entsprechende Vertretung in den Organen des Bundes zum Ausdruck komme, das was der herzliche Wunsch, mit dem die Rednerin ihre temporellen, sozialen, lebenslänglichen Ausführungen schloß. Der geradezu himmlische, anhaltende Besuch, den diese fanden, bemüte die allgemeine Zustimmung und zeigte, wie sehr die Rednerin den richtigen Ton getroffen und allen aus dem Herzen gesprochen hatte, was Bundespräsident Günsche in seinem herzlichen Dankesworten, die er an die Rednerin richtete, unterstrich, indem er zugleich die Wunschrückendeckung gab, daß alle Beteiligten diese Ausführungen beherzigen und die Frauengruppen noch kräftiger fördern und etwa dagegen noch bestehende Vorurteile bekämpfen möchten, damit immer mehr Ortsgruppen sich der Mitarbeit der Frauengruppen erfreuen und die Frauen sich so in nach berücksichtigter Weise im Interesse unseres alten Heimat und der Zukunft unseres Vaterlandes betätigen können, als sie es bisher schon getan haben.“

### Eutschließung über die Förderung der Frauendarbeit im Deutschen Oßbund:

Die Bundesversammlung nimmt mit Genehmigung davon Kenntnis, daß immer mehrere Ortsgruppen des Bundes Frauengruppen zur täglichen Mitwirkung in den Oßtrassen und auf dem Gebiete der Fürsorge gründen. Sie erachtet es als eine Ehrenpflicht der ostdeutschen Frauen, sich überall zu Frauengruppen zusammenzuhüpfen, und als Pflicht der Ortsgruppen, die Gründung neuer Frauengruppen und ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht zu unterstützen. Diese Tätigkeit soll sich in engster Anknüpfung an diejenige der Ortsgruppen und Landesverbände abspielen. Die Frauen als Hüter herzlicher Sitten und Kultur, als Pfleger östmarkischen Geistes in der Familie, müssen in freier Gemeinschaft mit den Ortsgruppen dafür sorgen, daß alle Kreise des deutschen Volkes endlich zu der Erkenntnis kommen, daß die größte Tat der Geschichtsschreibung des deutschen Volkes, das Werk der Oßkolonisation, nicht verfallen darf, sondern neu aufgebaut werden muß und daß Oßnot in Wahrheit Reichsnot ist!

Im Anschluß an diese Vorträge entwickelte sich eine lebhafte Aussprache

über Kultur, Frau- und Jugendarbeit im Deutschen Oßbund, an der viele der Ammerländer beteiligt waren, und die so viele praktische Anregungen und Wünche ergab, daß allseitig der Genehmigung über das Gehörte Ausdruck gegeben wurde.

### Über die Wiederaufrichtung der Entschädigungsfrage

sprach Bundespräsident Günsche. Er gab zunächst einen kurzen Überblick auf die Abwicklung der Schadensentschädigung, die noch im Gang ist, und betonte, daß nach einer bestimmten amtlichen Auskunft den dafür in Ausübung genommenen Beträgen in bar und in Schadensbeinträchtigungen leider wenig oder nichts übrigbleiben wird, nicht zuletzt dadurch, daß infolge der debattierten gesetzlichen Bestimmungen aus diesen Mitteln auch Entschädigungsansprüche abgezogen werden sind, die an man in der Arbeitsgemeinschaft bei der früheren Erreichung vorausichtlicher Überschüsse nicht hatte denken können. Verteilungen der Arbeitsgemeinschaft gegen die Heranbildung der Mittel für die Schadensentschädigung für diese Entschädigungsarbeiten sind ergebnislos geblieben. Redner wies dann hin auf die Mithilfe des Deutschen Oßbundes zur Erzielung einer grundjährlichen Entschädigung der Frage, ob die Emigrantensteuer unter das deutsch-polnische Flüchtlingsabonnement falle. Auf das diese Frage bezügliche Urteil des Reichsgerichtsgerichts vom 6. März 1932 hin wurde die seit Jahren erzielte Regelung der Rückzahlung der Emigrantensteuer, die nunmehr durch das Reich erfolgt, erzielt. Die Rechtsverordnung, durch die diese Regelung erfolgt ist, hat wohl nicht entfernt alle berechtigten Wünsche der Geflüchteten erfüllt, hat aber doch vielen Verdrängten in größter Art eine mehr oder minder gewisse Hilfe geleistet, ja manche gerodet vor dem wirtschaftlichen Ruin errettet. Redner wies weiter hin auf die erfolglosen Bemühungen des Oßbundes und der anderen Geschäftsgenossenschaften, durch das

Reichsfinanzministerium eine Stillehaltung seitens der Banken und Sparkassen, die Schuldverschreibungen beliehen haben, zu erreichen, in der Zeit, als der Kurs der Reichsschuldbriefe eingetragen fortgesetzt sank und ein Verkauf dieser Schuldbriefeintragungen der Vorlesung einer großen Verunsicherung vor der Vorlesungsnehmer bedeutete hätte. Außerdem sei es der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsgenossenschaften gelungen, das Reichsfinanzministerium zur Herabgabe von Mitteln zu bewegen, um in solchen Fällen, in denen Banken und Sparkassen die Stillehaltung nicht weiter aufrechterhalten konnten, die fraglichen Vorlesungsabschlüsse auf das Jahr zu übernehmen. Auch dadurch ist in vielen schwierigen Fällen geradezu eine Rettung der wirtschaftlichen Existenz der Bedrängten und Liquidationsgeschädigten erreicht worden. Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel seien jetzt leider aufgebraucht. Hoffentlich werden infolge eines Nov. u. ns. gegebenen Antrages weitere Mittel bereitgestellt. Verteilung geheilt. Ein von der Arbeitsgemeinschaft gefertigter Antrag, auch Mittel zur Neubefreiung von Schuldverschreibungen zur Verfügung zu stellen, habe wegen der Geldnot bis jetzt keine Berücksichtigung gefunden. In diesem Zusammenhang wies Redner dann noch kurz hin, auf die Verhinderung der Oftüberförderung bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden und dem Börsenkommissar, um in den kritischen Zeiten einen allzu starken Ansturm der Schuldbriefantragungen zu vermeiden, Bevölkerungen, die ja bekanntlich einen gewissen Gewinn gehabt haben.

Der Herr konnte Redner darauf hinweisen, daß die Arbeitsgemeinschaft sich gleich nach der Wahl des neuen Reichstages eine Eingabe an Herrn Reichstagspräsidenten Söhne gerichtet hat mit der Bitte, auch im neuen Reichstag wieder einen Entschließungsauflösungshaushalt zu bilden. Während maßgebende Kreise wünschlich auf dem Standpunkt ständen, daß bei der vorgeschlagenen Abwicklung des Entschließungsmeßens ein solcher Ausfluß nicht mehr erforderlich sei, hat die Arbeitsgemeinschaft nochmals, was auf dem Scheite der Entschließung noch alles zu erledigen sei und wie sehr zum Schutze der Interessen der Geschäftsgenossenschaften am neuen Reichstag ein besonderer Ausfluß für die Vorlesungs- und Liquidationsgeschädigten notwendig ist. Der Reichstag hat erfreulicherweise die Gründung eines solchen Ausflusses beschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich mit diesem Ausfluß alsbald in Verbindung gesetzt und erreicht, daß auch der neue Entschließungsauflösungshaushalt einstimmgig auf dem Standpunkt der früheren Reichstagsentschließung gestellt hat, monach die Regierung mit allen Mitteln versuchen soll, bei der endgültigen Regelung der Reparationsfrage eine Erhöhung der ungenugenden Entschließungsstärke des Reichstag- und Reichstagsausschusses zu erwirken. Der Ausfluß hat demgegenüber auch seinerseits ein solches Erfinden an die Reichsregierung gerichtet, was einen sehr erfreulichen ersten Erfolg hinsichtlich der Wiederaufstellung der Entschließungsfrage bedeutet. Die Arbeitsgemeinschaft habe seinerzeit einen eigenen Vertreter nach Bozen zur Konferenz der österreichischen Mäthe entsendt und die Reichsregierung in mündlichen und schriftlichen Verhandlungen immer wieder erfuhr, in dieser Konferenz die Anerkennung der Verpflichtung des Reiches zur totalen Entschließung forderte, denen ihr Elementum von den Seimbundsmächten liquidiert worden ist, zu bringen. Bis zu einem gewissen Grade haben — wie das Gestadion der Sozialverbände ergibt — diese Bemühungen Erfolg gehabt. Es geht jetzt darum, bei der bevorstehenden Konferenz in Lausanne diese Angelegenheit weiter zu fordern und zu einem guten Ende zu bringen. Zu diesem Zweck seien Eingaben an die zuständigen Reichsbehörden gemacht worden, und es werde auch weiterhin die Angelegenheit mit allen Rechtshand betrieben werden. Die Arbeitsgemeinschaft habe uns eine mündliche Ausprache darüber gebeten und es sei ihr eine solche vom Reichsfinanzminister auch bereits zugestellt worden. Diese Ausprache werde noch vor Lausanne stattfinden, hoffentlich auch dann, wenn innerhalb ein Regierungswchsel eintreten sollte.

Im zweiten habe sich der größte Teil der bisher außerhalb der Arbeitsgemeinschaft stehenden Geschäftsgenossenschaften zu einem Rat zusammengeschlossen, und dies habe sich an die Arbeitsgemeinschaft mit der Bitte um Herstellung einer Einheitsfront der Geschäftsgenossenschaftsverbände gewandt, um durch gemeinsame Bemühungen bei der endgültigen Regulierung der Reparationen, also gewissermaßen in letzter Stunde, die Schwierigkeiten, die bei einer Wiederauflösung der Entschließungsfrage entstehen, leichter zu überwinden. Die Arbeitsgemeinschaft habe im Interesse der gemeinsamen Sache sich grundsätzlich zu einer Verständigung bereit erklärt; es hat dann bereits eine Verständigungserklärung stattgefunden, die gut verlaufen ist, und es ist ein Ausfluß gefordert worden, in dem auch der Deutsche Ostbund vertreten ist. Die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses ist natürlich an gesetzliche Bedingungen geknüpft worden. Werden diese erfüllt, so wird es sich auch praktisch ermöglichen lassen, die geplanten Aktionen durchzuführen, so in der Entschließungsfrage meistere Erfolge zu erzielen. Weil damit gerechnet werden muß, daß die Reparationskonferenz in Lausanne verschoben wird oder der vorerst erwartete Erfolg längere Zeit auf sich warten läßt, so hat die Arbeitsgemeinschaft sich wegen einer Zwischenlösung mit Bochum an den zuständigen Reichsbehörden gesondert, um den in der Zeit geratenen Vorlesungen nach Möglichkeit eine neue Hürde zu verschaffen, nachdem die alten Hörfonds erschöpft sind und andere Hilfsmittelaktionen nicht mehr bestehen, zugleich aber auch, um nach Möglichkeit den erneuten

wirtschaftlichen Zusammenbruch Vorläufer zu verhüten und denen, die noch zu keiner Existenz kommen könnten, zu einer solchen zu verhelfen. Die offizielle Zustimmung kam durch lebhafte Befall zum Ausdruck sowie durch einstimmige Annahme nachstehender

### Entschließung zur Entschließungsfrage:

Die Bundesversammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Deutschen Ostbundes, zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsgenossenschaften eine Neuauflösung der Entschließungsfrage zu erreichen. Sie stimmt den Schriften, die dazu bei dem neuen Entschließungsauflösung des Reichstages und bei den Sachverständigenberatungen in Bozel mit befriedigendem Erfolg, jerner bei der Reichsregierung und beim Reichspräsidenten unternommen worden sind, zu und bittet, diese Befreiungen mit aller Energie fortzusetzen, um endlich eine gerechte und einigermaßen anstrebbende Entschließung zu erlangen und so die große Not, die unter den Betrieben herrscht, zu lindern, den wirtschaftlichen Niedergang weiterer zahlreicher Existenz zu verhindern, den Wiederaufbau neuer Existenz zu ermöglichen und zu erhalten.

Die Bundesversammlung fordert mit größtem Nachdruck, daß die Reichsregierung bei der bevorstehenden Endregelung der Reparationsfrage ihre Verpflichtung zu anteiligernder Schadenshaftung der Entschließungsberedigten geltend macht und auf dieser Grundlage dann eine wirkliche Schadenshaftung baldig durchführt.

Sie fordert jerner, daß die Reichsregierung Mittel und Wege findet, durch eine Zwischenlösung dem angehenden Ende der durch die früheren Zeiten ihres Eigentums und durch die Verdrängung ihrer Existenz veranlaßten zu steuern.

Sie begrüßt den Zusammenschluß aller Geschäftsgenossenschaften zu einer Einheitsfront und erklärt, daß sie von der Fortsetzung nach gerechter und anstrebbender Entschließung nicht eher absehen wird, bis dieser Fortsetzung Rechnung getragen ist.

### Die vorgeschlagene Beteiligung am Schlesienjahr,

das der Provinz Schlesien im Hinblick auf den 70. Geburtstag von Hardt-Hauptmanns und anderen slawischen Heiligenbüchern 1932 durchgeführt werden soll, vor allem durch große Veranstaltungen in Schlesien, aber auch durch Schlesien-Kundgebungen im Reiche, wurde offiziell zugestimmt. Landesverbände und Ortsgruppen werden hier auf dienen Schlesien-Kundgebungen überall beteiligen, da Schlesien ja leider ebenfalls von den besonders gefährdeten Ostprovinzen gehört.

Damit war die reichsähnliche Lageordnung der Bundestagung erledigt. Bundespräsident Söhne schloß die Verhandlungen mit herzlichem Dank für den warmen Idealismus, der seitens aller Teilnehmer erneut zum Ausdruck gekommen sei und für die vielseitige Fachkenntnis, in dem Kampf um unsere alte Oberheit nicht zu erstaunen, sondern die Altbewährte des Slawenansturms weiter mit aller Kraft zu betreiben, bemüht zu bleiben, das ganze Deutschland dafür mobil zu machen, zugleich aber dafür einzutreten, daß im Interesse des europäischen Strebens das Urrecht im Osten wiederergreift und die uns in Unrecht enttretenden Gebiete zurückgegeben werden. In der Hoffnung, daß die Befähigung der Bundestagung dazu beitragen und die Verhandlungen neue Entschließung auch in die Reihen der Mitglieder im Lande bringen werden, schloß Redner die Tagung mit herzlichen Wünschen für das Wohl der Ostmark und des Vaterlandes.

Herr Landesverbandsvorsitzender Söhne, Hamburg, dankte der Bundesleitung für ihre Arbeit in schwerer Zeit und Herrn Günzels auch für die Verhandlungsführung. Mit einem herzlichen Ostteil verließen die Landesverbände die Tagung, vollbefriedigt von ihrem Verlauf und den reichen Anregungen, die sie gegeben hatten.

Von gesellschaftlichen Veranstaltungen und Kundgebungen war dieses Mal mit Absicht abgesehen worden, um alle Zeit und Kraft auf die wichtigsten geschäftlichen Verhandlungen und die Erörterung der ostpolitischen Fragen zu verwenden.

Eine zweite Bundestagung in Gestalt einer Wanderversammlung im Reiche wurde zunächst auch für dieses Jahr mit Rücksicht auf die schwierigen Zeiten vorbereitet. Sie ist in ihrer Aussicht genommen. Müßt zielstrebig von einer solchen absehen werden, so sollte das nach Möglichkeit größere Kundgebungen in verschiedenen Teilen des Reiches im Laufe des Jahres veranstaltet werden.

Sollten wichtige Ereignisse im Osten oder auf den bevorstehenden internationales Konferenzen so notwendig erscheinen lassen, daß der Deutsche Ostbund in der Öffentlichkeit seine Stimme mit besonderem Nachdruck erhebt, so wird die Bundesleitung dafür sorgen, daß die Möglichkeit dazu gehoben wird durch gewaltige Massenkundgebungen, wie sie die Geschichte des Deutschen Ostbundes ja bereits in großer Zahl zu verzeichnen hat, hoffend, daß sie in der Presse des ganzen Reiches und darüber hinaus auch in der Presse des Auslandes, wie bisher stets, ein starkes Echo finden werden.

# Die Presse über unsere Bundesregierung.

Sowohl die meisten Berliner Zeitungen wie fast die gesamte Propaganda des Reiches haben mehr oder minder eingehend über unsere Bundesregierung berichtet und zum Teil im vollen Wortlaut oder im Auszug auch die wichtigsten der auf unserer Bundesregierung gefassten Entschließungen mitgeteilt.

Die „Berliner Volkszeitung“ (v. B. hat sowohl in Nr. 247 wie in Nr. 249 über unsere Tagung berichtet. In der ersterwähnten Nummer hat sie die Entschließungen zur Kreditvergabe und zur Mietreform abgedruckt, in Nr. 249 in zwei längeren Artikeln unter der Überschrift „Der deutsche Osten in Erfahrt – ein Warentausch des Deutschen Oftbundes“ eingehend über die Tagung und über den in ihr gefassten weiteren Beschluss, sowie nach kurz über die Bedeutung des Deutschen Oftbundes, jene Tätigkeit und die Arbeit hat, hing „ausführlich“ „Oftbundswirtschaft“, „Wirtschaft“, „Wohnungsbaugesellschaft“ „Deutscher Oftbund“ berichtet. In ähnlicher Weise haben auch die wichtigsten Berliner Zeitungen ohne Unterschied der Parteiposition die Bundestagung behandelt.

Die Provinzialpresse, und zwar nicht nur die des Oftens, sondern auch im Westen erscheinende Blätter bringen z. Spaltenlange Berichte über die Tagung, so z. B. der „Frankfurter Generalanzeiger“ (Nr. 125), dessen Bericht drei ganze Spalten umfaßt, der die gefassten Entschließungen sämtlich im Wortlaut bringt und sie als wichtigst bezeichnet und der mit den Worten schließt:

„Mögen die Vorstellungen des Deutschen Oftbundes im Interesse unseres gesamten Vaterlandes von Erfolg begleitet sein.“

Die „Frankfurter Oderzeitung“ (Nr. 125) hält in ihrem Bericht fest, daß der Oftbund „auch in vergangenen Jahren trotz der schwierigen Zeitzweckmäßige mit unermindertem Eifer für die Aufklärung aller Volkschichten über die Bedeutung der Oftfrage thätig gewesen ist und vielfach Erfolg erzielt hat“. Die Zeitung schlägt ihr

## Herriot und die Polen.

Die politische Presse hat das Ergebnis der französischen Kammerwahl nicht nur mit Strenge begrüßt, im allgemeinen aber doch ohne allzu grobe Erregung betrachtet. Freilich kann sie eine gewisse Revolte nicht verbergen; denn sie kann nicht verzögern, daß in den Reihen der Radikalrepublikaner, die jetzt als die meistens bürgerliche Partei in die Räume einzrinzen werden, wiederum eine recht unprahlende Kritik am französisch-polnischen Bündnis geübt werden will. Das nationaleidealistische „A. B. C.“ hat wohl dies offen zum Ausdruck gebracht, was die anderen nur im Hintergedanken haben mögen: daß nämlich mit der Regierung Cardou, die lebte im Sinne des geschlossenen „Widerandes“ gegen den deutschen Revolutionskrieg geläufig ist, welcher seit einer Reihe von Jahren unter der Deckung einer perfiden polnisch-französischen „Drauflegie“ (!) konsequent und unermäßigt gegen die Selbstsinn der tschechischen Freibaden, der Ordnung und des Reichs ankämpft. Trotz dieser Angst, die sie nicht ganz los werden kann, bewahrt die politische Presse doch – wie gezeigt – in allgemeiner einer zweifelhaften Haltung; sie verzerrt bis auf wenige Ausnahmen die Wirklichkeit, die mit der Regierungsbildung durch die Radikalrepublikaner am außenpolitischen Kurse Frankreich wenig ändern werde. Darin hat sie vielleicht recht. Denn wenn es auch jetzt noch nicht feststeht, ob Herriot der neue Kurs mit oder ohne die Sozialisten, mit denen er gemeinsam den Wahlkampf gegen Cardou durchgeführt hat, registriert wird, so steht es doch innerlich fest, daß er in den Tribut-, der Abürungen- und Osteuropafrage, also in allen für Deutschland wesentlichen Punkten, den alten Kurs fortsetzen wird. So weiß denn auch die politische Presse aller Richtungen über Herriot, diesen typischen „Durchschnittskomponisten“, im wesentlichen nur „Vorstellhostes“ zu sagen, wobei ja die bislangen polenfeindselichen Äußerungen dieses Mannes gänzlich unterstrichen, sogen. Heriot hat sich einmal als „patriotischen Pessimisten“ bezeichnet; und es ist sehr Lehrreich zu wissen, daß in den französischen Politikern, denen er dieselbe Bezeichnung beigelegt hat, jener Paul-Boncour gehört, der einmal in einer seiner neuen deutschfeindlichen Kommentaren das Wort von den „französischen Oligarchen“ geprägt hat, die an der „Weißburg liegen“. Herriots Einfluss zu den deutschen Lebensfragen charakterisiert auch die Antwort, die er einmal einem deutschen Journalisten über die Tagung nach seiner Meinung über die Revolutionsbedeutungkeit des Befollier-Diktates gegeben hat: „Es gibt Worte“, hat er geagt, „da bin ich überzeugter als Beethoven“.

Edouard Herriot – das ist auch der Mann, der die französische Sicherheit durch die deutschen Radikale gefährdet sieht, die (wie er vor gar nicht langer Zeit einmal gezeigt hat) als Vorstoß einer deutschen Invasionsserie gegen Frankreich auftreten könnten; das ist auch der Mann, der den Österreichern klarwollt, daß sie eigentlich mehr zu Frankreich als zu Deutschland gehören, der einmal den Wunsch geäußert hat, aus Österreich eine zweite Schweiz zu machen, und der wohl in seiner Vorlesung für „meine Lösungen“ auch ganz genau auf das Schlagwort von der „baltischen Schweiz“, das von der polnischen Propaganda in bezug auf Ostpreußen geprägt worden ist, eingehen wird. Von diesem „patriotischen Pessimisten“ kann wenig zu fürchten, wenn er auch in seinem Ton, den er Deutschland gegenüber aufschlägt, etwas freundlicher und unkinderlich ist, als es die parteiisch eingespielten Chauvinisten aus dem französischen Rechtslager sind. Dieser wehrhafte Bürgermeister von Lyon und Ichongeistige Ver-

Bericht wie folgt: „Dem Bundesvorstand wurde Entlastung erteilt. Die Jahresrechnung ergab, daß trotz alter Zeitnöte die großen Aufgaben des Bundes in weitgehendem Maße hätten durchgeführt werden können. Die Bundesleitung konnte feststellen, daß begründete Hoffnung bestehet, auch weiterhin mit unerminderter Kraft daran mitarbeiten zu können, das am Osten durch eine einzige Fortschreibung auf Grund des Diktats von Verfaßtes begangene Unrecht wieder gutzumachen, den Berlust weiteren deutschen Volksbodens im Osten zu verhindern und durch Münzierung an der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Ostens die sonst drohende Verhängnisvolle Verordnung dieser besetzten Gebiete und die damit verknüpfte Gefahr der Polonisierung abzuwenden.“

Die „Erlanger Zeitung“ (Nr. 125) berichtet ebenfalls sorgfältig über die Stellungnahme der Bundesversammlung zur Rotridstrafe und über die Proteste gegen das entzündliche Vorhaben des Parlaments. Dabei steht sie die erfolgreiche Mitarbeit der „Zweckmäher“ u. d. „Grauhemdengruppen“ des Westlichen Volksbundes herbei. Alle größeren österrichtischen Zeitungen, vor allem die „Schlesische Zeitung“ (Breslau), das „Liegnitzer Tageblatt“ (Meißen), der „Familienblatt“ (Schleidenmühl), die „Weißbühl-Zeitung“ (Marienberg), die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, die „Pomeranische Reichszeitung“ (Stettin), das „Sorster Tageblatt“ und viele andere, die wir nicht alle aufzählen können, berichten in gleich wohlwollender Weise über die Tagung, über die Tätigkeit des Deutschen Oftbundes und vor allem über die gefassten Entschließungen, die überall große Beachtung gefunden haben. Wie sehr das auch in der westdeutschen Presse der Fall gewesen ist, dafür spricht die Tatsache, daß viele von ihnen, z. B. die Tagesszeitung „Auf und Ab“ in Bielefeld, den Wortlaut der Entschließungen an befonderer auffallender Stelle in Großdruck gedruckt haben, ein neuer Beweis dafür, wie stark das Interesse für die Ostfragen und das Verständnis für ihre Bedeutung überall ist.

Sicht des Auslandkapitals, die auch Polen haben in hohem Maße erfasst hat, nicht noch rechtzeitig abgestoppt werden kann, dann die Unruhe des Auslands, neue Seile nach Polen zu geben, dank der außerordentlichen Wirtschaftspolitik dieses Staates, einen Schlag erleidet hat, der selbst einem Schweizer Komfortum, das erst kürzlich eine neue Eingangsmauer aufgestellt hat, schneien sich den westlichen Finanzkreisen, die Auswirkungen des bislangigen amerikanischen Posthalters in Warsaw "Willis", zu halten, da in richtiger Beurteilung der politischen Wirtschaftspolitik dringend vorer gewarnt hat von "Polen irgendwelchen Kredit zu gewähren. Diese Warnung hat man anfangs auch in Paris nicht überhort. Jedoch verucht Warshaw seit Wochen vergebens, die weite Tranche des im vorigen Jahr bewilligten Milliardenanteils für den Bau der Koblenz-Oberelsischen Eisenbahn, die am 1. Mai fällig war, zu erhalten, und sind auch die drängenden Vermühlungen der politischen Regierung um eine neue Staatsanleihe von deren Pariser Blätter leichtlich bestreikt haben, wosich erfolglos geblieben.

Der Verlauf der Diskussion, die sich in der französischen Presse in seinem Ausmassenhang über das Ziel und Bilder einer weiteren finanziellen Unterstützung des polnischen Bundesregimes entwickelt hat, hat das Hauptorgan der französischen Sozialisten "Le Populaire" die in weiten französischen Kreisen herrschende Aufstellung wohl ganz richtig mit der Zeitungskarikatur charakterisiert, doch man das Geld, das man Polen lebt, von Vorsicht aus als verloren ansehen müsse, da das Piłsudski-Königreich es nicht zurückzahlen könnte und die politische Demokratie, wenn sie einmal wieder aus Ruder kommen sollte, es nicht zurückzahlen wolle. Hier herriot wird die Anklagefrage des ersten Präsidenten seiner Polenpolitik sein.

Für den Zoll, daß dem neuen Ministerpräsidenten etwa doch noch Bodenken wegen einer Fortsetzung der Cardinaleisen Opolistick aufgestellt sollten, hat der schlagartig einkehrende französische Pressefeldzug gegen Danzig dafür gesorgt, daß durch die französische Öffentlichkeit auf ihn ein entsprechender Druck ausgeübt wird. Unshör löst sich an den Artikel, die im "Temps", "Matin", "Journal des Débats", "Globe", "Echo de Paris" und anderen Pariser Blättern erschienen, die Arbeit der Warshawer

Drahtzieher erkennen, die ganz offensichtlich mit ihren Pariser Alarmmeldungen den Eindruck der jenseitigen englischen Pressemeldungen über polnische Angriffsabsichten auf Danzig abhören wollen. Der "Temps" spricht z. B. davon, daß Europa vor einem neuen "Siame-Streich" steht, doch es verzerrt die Bekündigung der Rückkehr Danzigs zum Reich vor einer solistischen Falsche gestellt werden sollte, und im "Journal des Débats" ist von einem wohl überlegten Plan deutlicher Regierungskreise, vom Danzig aus über den Korridor herzuführen, die Rebe, wobei natürlich wieder die "Hitlergarde" und ihre Hilfsgruppen als Beweis für die deutsche "Kriegslist" herhalten müssen. Das "Journal" glaubt sogar schon, einen gewissen "Aufmarschplan der roten Mann" starker Danziger Hitlerarmee", die unter der Führung des Generals Eickmann steht, mitteln zu können, und es hat selbst "im Erfahrung gebracht", daß die Hitlertruppen im Salle einer Offiziers gegen den Korridor bei der Danziger Polizei und der Danziger Stadtpolizei, die 40 000 Gewehre, 100 Maschinengewehre, 6 Feldgeschütze und 4 Haubitzen besitzt, sowie dass der anderen Wehrverbänden, wie dem Jungsold, dem Wehrkampf u. d. aktive Unterstüzung finden würden. Und Herriot hat den Wind, den ihm ein dem rollenden Stoty gefasste Presse gegeben hat, vollkommen verstanden und in der eigener Zeitung "Le Département" seine Meinung über die deutsch-polnische Frage zum besten gegeben; es ist eine Meinung, die sich in nichts von dem unterscheidet, was ihm die Pariser Presse vorgestellt hat. "Es ist", sagt Herriot, "wie ein Teil unserer Presse bereits festgestellt hat, nicht unmöglich, daß die Hitlerleute noch Aufstellung ihrer Stabtrupps im Reich, den Mittelpunkt ihrer Organisation und ihrer Kämpfer nach Danzig verlegt haben. Man sieht in Deutschland die öffentliche Meinung gegen Polen aus, als wollte man eines Tages einen Handstreich gegen den berüchtigten Korridor unternehmen." — Es ist nichts so einfalls, daß es nicht von einem Franzosen, der um die Sicherheit seines Landes bangt, gelaufen könnte. Und es ist, was Deutschland anlangt, nichts so verlegen, daß es nicht von einem französischen Ministerpräsidenten als wahr unterstellt werden könnte. Herriot hat durch seine Beteiligung an der Danziger-Herrschaft nur bestätigt, was man in Deutschland schon lange gewußt hat, daß nämlich eine Grenzrevision im Osten zu Deutschlands Gunsten nicht mit, sondern nur gegen Frankreich durchgeführt werden kann. Dr. R.

## Der Hafen von Gdingen.

### Unruhen in Gdingen.

Verschiedene Blätter berichteten aus Kortenau, Neustadt und Gdingen, daß es dort in letzter Woche zu schweren Unruhen gekommen sei, bei denen pommersche Arbeiter, die bei der Verteilung von Arbeitslosenunterstützungsgeldern jugendlichen Kongresspolnischen und galizischen, in Schlägereien verwickelten organisierten Arbeiter beteiligt wurden, gegen diese mit großer Brutalität vorgegangen sein sollen. Es sollte bei dieser Zusammenstossen in Neustadt auch in Gdingen 13 Todesopfer zu verzeichnen sein. Die Marine in Gdingen und das in

Neustadt stationierte Militär sollen sich geweigert haben, gegen die pommerschen Arbeiter vorzugehen! Von polnischer Seite wurden diese Radikale demonstriert. Nur der Krakauer "Administrator Kurier Sobiborski" meldete, daß in Neustadt bei einer Com. Rose des großen Polen" veranstaltete Versammlung Schlägereien ausbrachen, die zur Auflösung der Versammlung führten. Das Blatt meldete weiter, daß nach der Versammlung Demonstrationen vorbereitet wurden, bei denen die "Sorgerung Pommerschen den Pommerschen" und "Sort mit den Fremden aus den anderen Teile gebieten" erheben würden.

Wie die "Berliner Börsenzeitung" berichtete, sind die erwähnten Unruhen in Gdingen infolge der Weigerung der Gdingener Hafenarbeiter, Feuergefahrlinde und gefundheitsgefährdende Phosgen- und Gasmunition zu verladen, die seit einiger Zeit von dem politischen Stückhauer Thoron für den Fernen Osten geliefert wird. Der Transport geht auf damischen, französischen und auch japanischen Dampfern. Infolge der mangelhaften Verladungsmöglichkeiten, der ungenügenden Verpackung und vor allem der Unzulänglichkeit des Materials traten wiederholt schwere Vergiftungsercheinungen bei den Hafenarbeitern auf. Sie forderten infolgedessen die Verbringung von Gasmasken und Gumminägeln zum Schutz gegen die giftige Munition. Endlich erlangten die höhere Ebene und Abteilung der überzeugten Aufsicht durch die Hafenpolizei. Als die Hafenarbeiter diese Forderungen ablehnten, legten die Arbeiter die Arbeit nieder und ragen in geschlossenem Zug vor dem Hause des Kommandanten. Es wurden dabei schreckliche Bilder gesehen. Da der Hafenkommandant sich nicht sprechen lassen, sondern militärische Verbände, darunter auch die Artillerie, die Schreckschüsse abfeuerten, um die Arbeitnehmer zu vertreiben und wollten die Feuerwaffen ansetzen, lärmten. Die polnischen Matrosen weigerten sich, die Arbeiter zu schicken, ebenso die Soldaten des dort stationierten 11. Ulanenregiments. Gest durch das Einsetzen von Sekretarien und Gendarmen, die mit den blauen Waffen vorgingen, wurden die Demonstranten freigesetzt. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet

und über 30 schwer verwundet. Der Hafenkommandant stellte dann die gesetzten Hafenarbeiter unter Kriegsrecht, erließ ein Streikverbot und löste die Gewerkschaft der Hafenarbeiter auf. Erstmal verblieb der größte Teil der Hafenarbeiter in Streik. Man sieht daraufhin die Verladung der Munition durch Angehörige der Legionäre und der Schihandvereine vornehmen. Es kam auch bei diesen Unruhen zu wiederholten Sabotageakten, wobei das Schmiedobrok beschädigt und ein großer Krat zum Umbau gebracht wurde. Nach einer Meldung des "Illustration Kurier Sobiborski" ist es auch später in Gdingen noch zu blutigen Unruhen gekommen, bei denen ungefähr 100 Verhaftungen vorgenommen wurden.

### Ein französisches Urteil über Gdingen.

Der Pariser "Internafricain" veröffentlichte einen Artikel über Gdingen, der einige interessante Feststellungen aus französischem Munde enthält. Es heißt dortin u. a., daß dieser neue polnische Hafen eine Platte auf der Karte einnehme, der im Nachkriegsseptember als der unfehlbar bezeichnet werden müsse. Es sei sogar möglich, daß dieser Hafen noch rascher verschwinden, als er aufgebaut wurde. Der Friedensvertrag von Versailles habe Danzig zum Hafen Polens bestimmt. Es steht außer Zweifel, daß Danzig für die höchstgepanzten Bedürfnisse des polnischen Handels vollkommen ausgesetzt hätte, da diese Stadt seit Jahrhunderten das natürliche Ausfalltor für ein ungeheure Hinterland, zu dem Preußen, Polen und Westpreußen gehörten, gewesen sei. Dieses wirtschaftliche Hinterland habe sich sogar bis zum Schwarzen Meer und bis zur Adria erstreckt. Wenn Polen in der Eröffnung von 15 Kilometern einen zweiten Hafen erbaut habe, so feien keineswegs wirtschaftliche Gründe dafür möglicherweise gewesen. Vielmehr habe die Politik die wirtschaftlichen Erwägungen in den Hintergrund gedrängt. Unter der Parole "mare nostrum" habe die polnische Propaganda Millionen für diesen Zweck ausgebracht.

### Eine englische Zeitschrift in Gdingen.

In Gdingen ist der Verlag einer Zeitschrift unter den Titel "The Baltic Shipping News and Gdynia Times" begründet worden. Die Zeitschrift soll von dem englischen Journalisten Herbert Jackson, einem besonderen Polenfreund, geleitet werden, der sowohl als Verleger wie als Schriftsteller gänzlich. Die Zeitschrift soll zunächst wöchentlich herauskommen.

**Deutschlands Zukunft liegt im Osten!**  
Trete ein in den Deutschen Ostbund!

## Die neue Heimat der Verdrängten.

Man kann ziemlich häufig nachweisen, daß die aus den durch die Siedlungsorts von Verfallsen an fremde Staaten gekommenen massenhaften deutschen Lands ausgewanderten und nach Deutschland zurückgekommenen Personen zum allergrößten Teil in der unerträglichen Nähe der neuen deutschen Grenzen sich ansiedelten. Nur wenige Personen gehen tiefer in das deutliche Staatsgebiet hinein, und wenn sie heute aus den Zwangsaustragungsbüros den Jahren 1921 bis 1931 darüber eine genauer Statistik aufstellen wollen, so erhalten wir folgende wichtige Resultate: Von den aus Polen nach Deutschland zugewanderten deutschen Optanten sind insgesamt in einer Entfernung von nicht mehr als 75 Kilometern von der deutsch-polnischen Grenze jetzt angefasst 37,8 v. H. Durch die Nähe der Hauptstadt Berlin wurde dann allerdings eine erstaunliche Anziehungskraft auf die Zuwanderer ausgeübt, so daß das zweitstärkste Kontingent der aus Polen zugewanderten Bevölkerungsgruppe gleich auf Berlin und die meiste Umgebung mit zusammen 31 v. H. entfällt für die zum Vergleich gestellten zehn Jahre. Nur 14 v. H. aber gingen überhaupt aus preußischen Gebietsbezirken, zumtheil in östlichen Teilen des Reiches heraus und nach Bayern, Sachsen, weniger noch Württemberg, Mecklenburg und Oldenburg. Sollt gar keine Zuwanderung aus den polnisch gewordenen Abstammungsgebieten erhaltene Boden, Hessen und Schlesien.

Diese Aufzählung, die sehr genau nach den polizeilichen Melde-  
listen und ferner nach den Bevölkerungsunterlagen ausgestellt wurde,  
lässt schon erkennen, daß die Zulassungsänderung ähnlich geartet und  
nicht auch berücksichtigt die Bevölkerungsteile in dem neuen  
Großgebiet, das jetzt kein mehr. Um bei einem klareren, weil  
weniger umfangreichen Ergebnis zu gelangen, haben wir versucht,  
dass von nun 11.000 Personen, die aus Neu-Dänemark, also aus  
dem früher dänischen Nordhessen jährlings jetzt fast 20.000 in  
der Provinz Schleswig-Holstein verkehren, mittleren der Reisezeit in  
die Hauptstadt nach Münster und Oldenburg, ein kleiner Teil nach  
Hamburg. Dann aber steht es sich heraus, daß die landwirtschaftliche  
Tätigkeit, auf die eben diese 90 o. S. der Zuwanderung aus Neu-  
Dänemark angewiesen war, in dem nördlichen Teil des Reiches zu  
keinem Erfolge kommen konnte, weil bereits eine Überfüllung an  
bäuerlichen Anlagen und agrarischen Wirtschaftsgelaggen vorliegt.  
dort bestand. So trat um die Jahre 1927 bis 1929 nochmals eine zweite  
Welle der Abwanderung dieser Personen ein: es gingen etwa 65 o. S.  
dieser Leute nach Westfalen, Hannover und dem Rheinland, ein  
kleinerer Rest nach Mecklenburg und die pommerschen Gebiete vor, wo  
sie allerdings gleich wieder unter ähnlichen Voraussetzungen für die Auf-  
nahme ihrer regulären Tätigkeiten kamen, wie sie sie jordan zwangs-  
läufig aufgaben wollten.

Wenn man im allgemeinen in den Jahren nach dem Ende des Weltkrieges hinsichtlich der östlichenen deutschen Bevölkerung den Eindruck hatte, daß sie dem „Sieg nach der Reichshauptstadt“ stark unterlag, so kann man das gleiche nicht ohne weiteres auch von der aus den abgetrennten Gebieten ausgewanderten Bevölkerung sagen. Von diesen wußten höchstens überall auf deutsches Gebiet die vage Hoffnung, daß doch hierfür Zukunft, vor dem sie auswandern mußten, nur ein zeitweiliger und vorübergehender sein würde, leider unterschätzten jedoch die Macht der Verhältnisse, unter denen zu leben, als die deutsche Bevölkerungsstruktur heute genommen sind. Die Reichshauptstadt hat alles in allen noch keine 72 000 Personen als neue Bürger in den Jahren 1921 bis 1931 aus den abgetrennten Grenzgebieten erhalten, und es ist auch festzuhalten, daß bereits wieder seit etwa drei Jahren eine Rückflutung dieser Bevölkerungsstruktur aus Berlin nach den ländlichen Gebieten des Orients und Südens einsetzt. Wenn aus Berlin jetzt Monaten eine Verringerung der Bevölkerungsanzahlen gemeldet wird, also auch eine starke Siedlungsbewegung, so ist dabei die Zahl der von 1921 aus zugewanderten Grenzdeutschen eine erhebliche Menge. Man darf sie also überzeugen, daß die Umstellung dieser Bevölkerungsstruktur auf städtische Berufs- und Lebensart doch nur rechtlich bestimmt ist.

Die meiste der jetzt in den neuen Grenzgebieten liegenden Kreise haben nicht sehr eine erhebliche Verdichtung des Bevölkerungs-  
hauses, pro Quadratkilometer zu verzeichnen, sie haben vielmehr  
eher eine spärliche, aber gleichmäßige und ausgedehnte Bevölkerungsdichte.  
Sie sind daher abgesehen von den vorliegenden Erwerbsgruppen sehr  
lebhaft, sich ausdehnend, sehr lebhaft, eben, daß der Staat entweder durch die Anstrengungen auf Steuern oder den Zinnung der  
Zollabfertigung aufgezehr wird. Wenn es der willkürlichen Grenzziehung  
spielsweise deutet auf 33 Personen ein Areal entfällt und auf 74 Per-  
sonen bereit ist das Richtzettel, so will das bei dem, daß diese Berufe  
keineswegs zu den prosperierenden oder auch zu einigermaßen ent-  
wicklungsfähigen gerechnet werden können, weil ja die Zusammen-  
trag wirtschaftlicher, bürgerlicher und handwerklicher Bewohnerungs-  
zonen weniger stark erfolgt als gerade die Zusammenführung der zu  
den Sozialberufen zu nehmenden Kreise. Diese verteilen in den  
meisten abgelegenen Gebieten oftmals das Recht, ihre Berufe weiter  
auszuüben, falls sie nicht besitzt Voraussetzung in ihren eigenen  
Betrieben erfüllen wollen, woja meistens Einbildung einer bedeutenden  
Zahl nicht deutschsprachiger Angestellter gehört, ferner die Annahme  
einer fremden Sprache als Hauptberufssprache im eigenen Betrieb.  
Dazu kommt dann noch geistige und seelische Hemmungen und Um-  
kehrungsbefürderungen, die, es sei mir der, Zeit meistens manigmal, modera-

dass gerade die Angehörigen dieser Berufe nach Deutschland zurückmüssen. Auf diese Art lädt sich die starke Vermehrung der geistigen und freien Berufungsangehörigen in den neuen Grenzgebieten des Deutschen Reiches erklären. Dafür geben vor allen Dingen folgende erläuternde Kreise das Beispiel, die wir für einige, hier besonders interessierende Kreise der Grenzschäfte wissenschaftlich haben:

Gebiet	Anteil der Agrar- bevölkerung	Anteil der taufm. Bevölkerung	Anteil der freien Berufe
Reg.-Bez. Schneide- mühl . . . . .	55,7% (55%)	18,7% (20%)	15,5% (9,8%) der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe
Reg.-Bez. Marien- werder . . . . .	47,9% (47%)	22,3% (21,0%)	11,4% (5,9%) der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe
Reg.-Bez. Allenstein	50% (54,5%)	19,6% (17,1%)	10% (6,2%) der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe
Reg.-Bez. Schleswig	64,3% (68%)	11,2% (10,9%)	14,3% (12%) der Rest verteilt sich auf industrielle Berufe

Diese Übersicht über vier der wichtigsten nördlichen und östlichen Grenzbezirke zeigt ganz klar, daß die Zusammendrängung der Bevölkerung auf die berufliche Abwanderung einen nicht eben günstigen Einfluß ausübt. Wie haben oben in Klammern jeweils die Verteilung der Berufsabschichten vor dem Ausbruch des Weltkrieges mitangegeben und konnten feststellen, daß es beiderseits für die Angehörigen der freien Berufe sehr erfreulich ist, normale Existenzverhältnisse in den Randgebieten zu erlangen. Dessenweges hat sich auch in den letzten Jahren die Katholische herausgestellt, daß von denjenigen Personen, die nunmehr die Grenzgebiete nach Aufgabe einer Rückkehrmöglichkeit in die nicht mehr deutlichen Heimatgebiete verlossen, eine sehr hohe Anteilzahl den sogenannten freien Berufen angehört. Die Fortzugsfähigkeit aus den Grenzgebieten ist für Ärzte in den vergangenen 18 Monaten am höchsten gewesen, für Schriftsteller und Zeitungsberufe ist die Fortzugsantizipation sehr gering gewesen.

Überdaupt ist für die Angehörigen der freien wie der kau-  
männischen Berufe der Ausbildungsdienst bei Fortzug aus den ab-  
getrennten Gebieten des Westens (Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy  
und Saargebiet während der Okkupation) weitgehend entzweit als  
bei den Bevölkerungsgruppen im Osten. Von den aus dem Elsass  
im Jahre 1919 nach Deutschland gekommenen Personen sind nur  
15 v. H. im Reichsbereich nachgewiesen, und das sind fast durchweg  
Angehörige der industriellen Gruppen. Von den freien Berufen der  
Ärzte, Journalisten, Rechtsanwälten, Architekten usw. sind dies über-  
wiegend Mehrheit, man kann wohl von 80 und 82 v. H. statistisch be-  
rechnen, noch mehr im Innern Deutschlands gelegen. Weniger einfluss-  
reich ist diese Erfahrung für die aus Eupen-Malmedy und dem okku-  
pierten Saargebiet ausgegangen deutsche Bevölkerung schätzbar, die  
doch in immerhin über 65 v. H. in den benachbarten, deutsch geblie-  
benen Gebieten angebaut wird, wobei freilich für die Saarländer die  
Lebenswelt hierumso komplexer, doch ihre sozialräumliche Heimat über kurzen  
Zeitraum zum unbeschreiblichen Reichsgebiet rechnen wird.

Zum Schluss dieser breitwürdigen und berufswissenschaftlich immerhin wichtigen Einstellungen sei noch bemerkt, daß auch ein gewisser Zugang aus den nordböhmischen Gebieten in die Randgebiete Sachsen und Schlesiens seit Jahrzehnten bestand. Besonders im Gebiet Nordböhmens, wo die Bevölkerung der deutschen Bevölkerung manchmal geradezu groteske Formen annimmt, ist die Zuwanderung auf deutsches Gebiet für die intellektuellen und deswegen auch fröhligjüngsten Kreise stark angewachsen. In diesen Randgebieten darf man auf immerhin 9000 Personen zählen, die eine Art intermissionellen Wohnsitz dort genommen haben und verloren, wie sie es wohl mit großem Weitblick aussehen, was besonders für Spezialärzte und Juristen rechtlich schmerzlich in diesen Zuständen ist, weil nun gegen Teil die praktische Selbstständigkeitsmöglichkeit wegen Mangels an Zulassungen behördlicher Natur unterblendet ist. Unter diesen Gruppen der in den Randgebieten neu jugendwandelten Bevölkerungsstäbe sind deswegen auch die beruflichen Umstellungen recht umfangreich geworden; man findet dort Ärzte, die in Privatpraxen eingestellt sind, und Rechtsanwälte, die in Rechtsbüros eine Hälfzzeitigkeit ausüben. Hoffen wir, daß sie alle recht haben mit ihrer großen Hoffnung, daß nämlich alles das nur ein etwas langgedehnter Übergang ist zu früheren besseren Zeiten und Seiten oder zu neuen Entwicklungen auf einer natürlicheren Grundlage als die heute vorliegenden.

Dr. Friedrich Gustav Schmidt.

# Das Heilsberger Dreieck.

Das Wehrkreiskommando I in Königsberg teilt mit: Die dauernde Bedrohung des bei dem Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Versailler Diktat erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten "Heilsberger Dreiecks", dessen drei Eckpunkte die Städte Pr.-Eylau, Sensburg und Maldeuten sind, benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Um die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an preußische Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte an der freiwilligen Arbeitsdienst eingesetzt werden. Das Wehrkreiskommando fügt hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verstärkung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien oder binden würden, und daß die vorwärts der Heilsberger Stellung wohnenden Teile der Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätten, daß sie militärisch aufgegeben seien. Am Grunde der Behauptung der ganzen Provinz habe sich nichts geändert.

Die polnische Presse hat die Nachricht von den geplanten Verstärkungen des Heilsberger Dreiecks in großer Aufmachung verbreitet und sie natürlich mit den üblichen Kommentaren über deutsche Angriffsabsichten aus Polen versehen. Auch die amtliche polnische Telegraphenagentur hat ausfüllig schnell zu dieser Frage Stellung genommen, und zwar in einer Weise, die darauf abzielt, Genf und Paris gegen Deutschland auf den Plan zu rufen. In der amtlichen Auseinandersetzung wird nämlich behauptet, daß die deutschen Absichten dem Art. 180 des Versailler Diktats widersprechen. Dieser Artikel besagt im wesentlichen: "Alle bestehenden Anlagen, Festungen und festen Plätze zu Lande, die auf deutschem Gebiete westlich einer Linie in 50 Kilometer Abstand östlich des Rheins liegen, werden abgewürgt und gefäßt." – Die Anlage jeder neuen Festung, gleichviel welcher Art und Wichtigkeit, ist in der im ersten Absatz dieses Artikels bezeichneten Zone verboten. – Das Syltem der bestehenden Werke an der Süd- und Osthänge Deutschlands verbleibt im gegenwärtigen Zustand. Das allgemeine Festungsverbot gilt also nur für die Gebiete westlich des Rheins, und die entmilitarisierte 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins, nicht aber für das übrige Deutschland. Der leichte Abfall des Art. 180 findet auf die Heilsberger Pläne schon deshalb keine Anwendung, weil es sich hierbei nicht um „befestigte

Werke“, sondern lediglich um Geländeverstärkungen handelt, durch die „das Syltem der bestehenden Werke“, wie es 1919 in Oppeln besprochen wurde, keineswegs entscheidend verändert wird. Die politische Darstellung, als ob diese Geländeverstärkungen im Heilsberger Dreieck als Operationsbasis in einem deutschen Angriffskrieg (!) gegen Polen dienen könnten, rückt sich von selbst. Denn den lediglich für die Verteidigung geeigneten Anlagen, denen nicht einmal schwere Artilleriewaffen, die Deutschland überhaupt nicht besitzt, gänzlich zu schweigen steht, auf politischer Seite eine Kette moderner Siedlungsanlagen gegenüber, von deren Basis aus eine mit allen modernen Kriegssystemen ausgestattete Angrißsmasse gegen das offene mährische und oberlausitzische Plateau in Bewegung gebracht, also gegen einen Raum vorgeschoben werden kann, der, abgesehen von den schwachen Reichswehrkräften, zu seiner Verteidigung nur die Gunst des Jumps- und Jeetsreitens Geländes und den sonstigen Behauptungswillens seiner Bewohner gegen jeden polnischen Raubüberfall in die Vogelschlag zu werfen vermag.

Um übrigens kommt ja das Reichswehrministerium bei all' seinen Maßnahmen, die es zum Schutz Ostpreußens trifft, nicht allein auf die herkömmlichen Befestigungen der ostpreußischen Bevölkerung nach militärischer Sicherheit stützen, sondern auch auf verantwortliche politische Persönlichkeiten beruhen, aus deren Äußerungen unweigerlich sehr aktuelle Angriffsabsichten Polens auf Ostpreußen hervortreten. Es sei nur an die Drohung dieses hohen polnischen Offiziers erinnert, der bei der Geburtshelfer der polnischen Drabibhöfe in Danzig gejagt hat, daß er über in Uniform in Königsberg als noch niedrig in Stil in Danzig sein werde. Es sei neben zahllosen anderen, ähnlich klaren Äußerungen auch davon erinnert, daß politische Agitatoren im Auslande, z. B. Paderewski in Amerika, ihmatisch den Boden für eine polnische Besieglergruppe Ostpreußens vorbereiten. Überdies wurde auch die Besetzung der Danziger Seeburgfestung, die Polen mit völlig unverhüllten Mitteln anstrebt, eine direkte militärische Bedrohung Ostpreußens bedeuten. Diese politische Politik und die zitierten offenen Angriffsbehandlungen, die keineswegs „von unverantwortlichen Chauvinisten“, sondern von möglichen persönlichenkeiten in Übereinstimmung mit den Wunschbauer Regierungskreisen gemacht werden, reichtesten nicht allein die Geländeverstärkungen im Heilsberger Dreieck, sondern würden schließlich alles rechtsgültig, was zum Schutz Ostpreußens unternommen werden könnte.

## Die Bedrohung des Ostens.

### Polen will Ostpreußen „besiegen“!

Der Verband polnischer Hochschüler aus den Ostpreußen grenzenden Bezirken veranstaltete am 27. Mai in Warschau einen „Ostpreußischen Abend“, auf dem u. a. der frühere polnische Generalkonsul in Königsberg i. Pr., Srokowski, einen durch seine Deutlichkeit und markanten Worten Vortrag über Ostpreußen hielt. Noch im Jahre 1919 habe nach Meinung Srokowskis die Möglichkeit einer Verbindung zwischen Ostpreußen und Polen (?) bestanden, was jedoch durch Deutschland vereitelt worden sei, daß das Reich sich sehr rasch von der Niederlage per erhöhen und gleichzeitig von der Revolte der Grenzen zu denken begonnen habe. Seit dieser Zeit sei Ostpreußen Gegenstand besonderer Sorge des Reiches geworden, wobei es vor allen Dingen darum gehe, „Ostpreußen auch unter großen Opfern bei Deutschland zu erhalten“ und nachzuweisen, daß „das politische Pommern“ zu Deutschland gehören müsse. Darum lasse sich das Reich Ostpreußen auch heute noch mit kosten, obgleich dieses Land ohne natürliche polnische Hinterland wirtschaftlich nicht selbstständig bestehen könne und aus drei verschiedenen (?) Gebietsteilen zusammenhängt sei. Aufgabe der polnischen Diplomatik sei, der Welt klarzumachen, daß Ostpreußen ebenso wie Lettland, Litauen und Finnland befreit (?) werden müsse. Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Organisationen müßten systematisch daran arbeiten, um die rückständige und vernachlässigte Masse der majorischen Bevölkerung für Polen (?) zu gewinnen. Der Vortragende machte schließlich der polnischen Öffentlichkeit bittere Vorwürfe, daß sie in dieser Hinsicht vieler vernachlässigt habe, wobei er besonders darauf hinwies, daß heute in Allenstein noch kein polnisches Gymnasium errichtet worden sei.

### Polnische Flottenmanöver vor Danzig.

Die gesamte polnische Flotte, bestehend aus einem Panzerkreuzer, zwei Korvettenbooten, vier Torpedobootsflottilen, vier Torpedobootsjägern, einer Unterseebootdivision, neun zehnreihigen Begleitschiffen, hielt am 22. und 23. Mai große Manöver in der Danziger Bucht ab. Eine besondere Rolle spielten dabei die Minenboote,

die einen Sperrgürtel zum Schutz von Gdingen legten. Die gelösten in Gdingen stationierten Flugzeuge nahmen gleichfalls an der Übung teil. Die Bombenflugzeuge hatten dabei die Aufgabe, deutsche Panzerkreuzer bei einem Angriff auf Gdingen mit Bomben zu belagern. Auf der Landseite nahm die erste Motorraddivision an den Manövern teil. Im Auftrage des französischen Marineministeriums verfolgte der französische Admiral Corbusier an Bord des „Torpedobootsführers Wlino“ die Übungen der polnischen Flotte.

Semper einer neuen Befestigung des polnischen Staatsmühlers wird der polnische Zoll- und Granitbau mit beauftragt. Ein Motorbootbataillon soll die Orlau ausgerüstet werden. Diese Gruppenabteilung kann das Recht haben, Schiffe auf See einzuhüllen und, falls dies der Befestigung zum Salten nicht sofort folgen soll, von der Waffe Gebrauch zu machen. Zwei Schiffe sollen in die Luft abgeschossen werden, die dritte Schiffe soll bereit auf die Lokalität gerichtet werden. Die nächsten Schiffe dürfen der Reihenfolge nach auf das Steuer, die Kommandobrücke und dann unter die Waffelrinne gerichtet werden. Diese Befestigung dürfte angeblich der schnellste Bereichstyp gewisser Gruppenabteilungen der polnischen Seestreitkräfte sein. Besonders in einem Gewässer, das in der Handlung von Schiffen anderer Staaten, vor allen Dingen von Danziger Schiffen im Küstenverkehr, verwickelt ist. Wirtschaftliche oder politische Gründe können für die polnische Nachbarschaft nicht ausgelöscht werden. Die Gründe müssen also auf anderem Gebiete liegen. Vielleicht will Polen einen Einstand erreichen, als ob es sich gegen irgendwelche Gefahren schützen würde, die es von Danzig her drohen. Vielleicht will es sich auch eine neue militärische Waffe schaffen, die bei gegebener Gelegenheit den Danziger Schiffsverkehr lahmlegen kann, ohne daß hierfür Einheiten der polnischen Kriegsmarine, die im Ernstfall an anderer Stelle eingesetzt werden sollen, herangezogen werden müssen.

### Militärische Vorbereitung der Frauen in Ost-O.-S.

Polen hat auch in Ost-Oberschlesien die militärische Vorbereitung der Frauen für die Landesverteidigung eingeführt. In Katowitz wurde damit schon im letzten Jahre der Anfang gemacht. Die Frauen werden in Lager und Ausbildungskurzen, die in Städten und Dörfern abgehalten werden, für ihren Zweck ausgebildet; sie gelten als Infanteriefeuerwehr und werden nach Ablegung von Prüfungen über ganz Polen verteilt, um ihre Tätigkeit in den Städten und Dörfern fortzuführen und mehrere tausend Schülerinnen im Geiste der Ideologie der militärischen Vorbereitung der Frauen für die Landesverteidigung auszubilden.

## Der Ostbund hilft Dir!

**Willst Du ihm helfen?** Dann wird Mitglieder für ihn und Leute für sein „Ostland“! Dadurch föderiert Du wirklich die uns allen gemeinsame Sache der Ostmark!

# Die Polen im deutschen Osten.

## Das polnische Gymnasium in Beuthen.

Zurzeit wird an dem Umbau des für das polnische Gymnasium bestimmten ehemaligen katholischen „Kotek“-Verlagsgebäudes auf der **Friedrich-Ebert-Straße** in Beuthen (O.-S.) gearbeitet. Von der polnischen Volksbank „Pomoc“ in Berlin waren mehrere Beuthener Kaufleute zur Abgabe von Offerten für die Umbauarbeiten einschließlich der Turnhalle aufgefordert worden. Die Angebote bewegten sich in den Grenzen zwischen 45 000 und 56 000 Mark. Während die Ausschreibung nach der „Bots.“ „Pomoc“ erfolgte, wurde der Aufschluss von Ingenieuren der Rottweiler „Bomelius“ erbracht. Ein Baumeister Jacek Kozlowski in Tarnow hat die Arbeiten aus. Ihm ist vor Pflicht gemacht worden, sich mit einer Beuthener Baufirma in Verbindung zu setzen. Vertraglich müssen die Umbauarbeiten bis zum 15. August abgeschlossen sein. Da das polnische Schuljahr mit dem 1. September seinen Anfang nimmt, so ist wohl anzunehmen, daß mit dem genannten Tage die neue Anfahrt ihrer Pforten öffnen wird. In der Gegenzeit ist auch das abgewählte polnische Konsulatgebäude auf der Gleiwitzer Straße in Beuthen durchgreifenden Erneuerungsarbeiten unterzogen worden. Hier soll ein Pensionat für die Schüler des Gymnasiums eingerichtet werden.

## Polonisierungarbeit im Kreise Neustadt.

Der polnische Pfarrer Kozielski in Grabow, Kreis Neustadt, der Sohn, als erfolgreicher Spitzenkandidat für die polnische Liste zur Preußischen Landtagswahl aufgetreten ist, macht wieder einmal von sich reden. Die Gemeinde Grabow ist durchaus deutsch. Trotzdem hat der Pfarrer Kozielski es fertig gebracht, hier eine polnische Privatschule zu gründen, die einzige in Oberösterreich außerhalb des ehemaligen Wohlungsgebietes. Der Pfarrer hat auch seit Jahren den deutschen Eltern immer wieder bei dem Sakramentsunterricht der Kinder Schwierigkeiten gemacht und sie beeinflußt, den Unterricht für ihre Kinder in polnischer Sprache ertragen zu lassen. Sie besteht gegenwärtig der Zustand, daß nur 18 Kinder diesen Unterricht in deutscher Sprache, aber 20 in polnischer Sprache erhalten, obwohl von diesen 20 Kindern nur ein einziges die polnische Schule besucht, während alle übrigen 19 in die deutsche Schule gehen. Sür den Sakramentsunterricht hatte Pfarrer Kozielski sich nun, da er seit langem lebend ist und nicht lout sprechen darf, den Lehrer der polnischen Privatschule, einen polnischen Saatsohrenhüter, als katechetischen Assistenten in die Kirche mitgebracht. Nachher kam es dann dazu, daß der Pfarrer den Sakramentsunterricht überhaupt nicht mehr erlaubte, sondern ihn für beide Sprachengruppen vollständig dem polnischen Lehrer überließ. So ist der Zukunft eingetreten, daß aus Polen herübergelaufener Agitator den Sakramentsunterricht an die deutschen Schulkinder erstickt. Darüber empört sich nun auch die Zentrumspartei und teilt mit, daß bisblöckliche Amt habe sich darin erklärt, daß es beim Vorliegen weiterer betreffender Beschwerden in Grabow eingreifen und Ordnung herstellen werde.

## Allglückliche Polenbundpropaganda.

Einen beeindruckenden Beitrag zur oberösterreichischen Polenfrage lieferte folgender Vorfall, der sich vor den Preußenswochen ereignete: In einer polnischen Wahlversammlung in Großschimnitz (Neustadt-Oberösterreich) waren zwei polnische Redner aus Oppeln erschienen. Als einer von ihnen Vortrag in hochpolnischer Sprache begann, erschollen Protestrufe wie „Deutschreden!“, „Wir verachten kein Polnisch!“. Da der Redner unbekümmert weiterredete, die Protestrufe sind aber immer mehr mehren, griff der Versammlungsleiter ein mit der Erklärung, daß keine Politik getrieben, sondern Ausklärung über wirtschaftspolitische und kulturelle Fragen gegeben werden sollte. Diese Mitteilung wurde mit Zurufen erwidert, diese Ausklärung solle zunächst im polnischen Lande erteilt werden, worauf allgemein der Ruf nach Schluss der Versammlung laut wurde. Die Versammlungsnehmer stimmen schließlich das Deutschlandvertritt an, worauf die Wahlredner von einer Fortsetzung der Versammlung und ihren Ausführungen Abstand nahmen.

## Polnischer Zugang in deutsche Grenzstädte.

Der Magistrat der Stadt Melsbach wendet sich in seinen Befreiungen, den untermummierten Zugang vom Lande wenigstens teilweise zu unterbinden, in einem Aufruf an die Vermieter von Wohnungen, daß Zugang entsprender Personen deren wirtschaftliche Verhältnisse durch das häusliche Wohlfahrtsamt prüfen zu lassen. Der Magistrat werde prüfen, ob nicht die Hausschlüssel für den durch ihn verursachten Jürgensegaufwand in irgendeiner Weise bestellt gemacht werden kann. Schließlich, so erklärt der Magistrat, liege die Bekämpfung der Landflucht auch im nationalen Interesse. Bei dem größten Teil der Personen, die nach der Stadt streben, handele es sich um Landarbeiter polnischer Nationalität. Die Zahl der in der Stadt in den letzten Jahren festgestellten polnischen Landarbeiter sei bereits ganz erheblich; zu einem Teil sei dieser Zugang bereits während der Wohnungswangenschaufest erfolgt, und zwar über die im Bereich der Stadt liegenden Güter. Diese Befreiungen sind

ein Teil der Polonisierungsabsichten der polnischen Minderheit im Grenzgebiet. Es ist dies ein typischer Fall dafür, wie die Polen versuchen, in rein deutschem Gebiete polnische Siedlungen zu bilden. Sind erst genügend Familien mit einer genügend großen Kinderzahl eingesetzt, dann folgt bald der Antrag auf Errichtung einer polnischen Minderheitsschule. Auch in Unterricht sollen ähnliche Bestrebungen der Polen in letzter Zeit beobachtet worden sein.

## Die polnischen Stimmen im Kreise Schloßau.

Bei der Preußenswahl war in Pommern bekanntlich keine polnische Liste aufgestellt worden. Trotzdem blieben die im Kreise Bülow befindlichen Polen nicht völlig untätig. Der Nachfolger von Bauer, Syryp von Rekowski, einer von den Reichsdeutschen polnischen Abstammung, die bei polnischer aktiver Truppenteilnahme ihre militärische Ausbildung genossen haben, war bemüht, seine „Schönheit“ aufzuklären, und so konnte man am Wahlgemontag einen auffallend starken Verkehr aus verschiedenen Ortsteilen des Bülowkreises in den benachbarten Kreis Schloßau bemerkern. Unter Führung des Styp von Rekowski wie eine Schar von über fünfzig Menschen, die mit einem Stimmenzettel waren, nach Bülow, von wo aus dann die Eisenbahnhof in die Grenzmark, nach Großpeterskau im Kreis Schloßau, angestritten wurde, wobei sich auch ein zweiter Trupp aus dem Kreis Bülow auf einem LKWwagen begeben hatte. Von den Polen konnte aber der gründliche Styp nicht zur Wahl zugelassen werden, weil ihnen die notwendigen Ausweispapiere fehlten. Die Enttäuschung war natürlich sehr groß und wurde noch größer, als man sich nur am Samstag rütteln, vor dem Hand gedrückt werden sollte. Diese Enttäuschung konnte aber nur einem Teil der Polen ausgesetzt werden, weil der vorstellbare Styp von Rekowski zu wenig Geld mitgebracht hatte. Und die Enttäuschung wurde noch größer, als man sich noch vollständiger Wahl bei vier und Wurst zu stärken gedachte und sich hierbei die Portionen für die hungrigen Schwaben als viel zu klein herausstellten. So hat der vorstellbare Styp von Rekowski zwar die polnische Stimmenzählung im Kreise Schloßau im Jahre 1930 an 43 Stimmern können, sich aber die Unzufriedenheit seiner Schuhsholzleiter zugezogen. Die Rückfahrt wurde unter diesen Umständen mit ziemlichem Rudam und Zank angestrengt. Man war dem Hörer der „polnischen Schönheit“ durchaus nicht bold gelonnen, und noch wie vor verlangten die polnischen Wähler aus den Kreise Bülow nicht nur den verpflichtenden preußischen Taler, sondern auch die „Wahlwurst und das Wahlbier“.

## Die Revision Jan Bauers verworfen.

Das Stolper Schwurgericht hatte sich bekanntlich in seiner ersten diesjährigen Sitzungsperiode mit einem Meinungsstreit gegen den Geschäftsführer der polnischen Minderheitsschulen im Kreise Bülow, Jan Bauer, zu beschäftigen. Der ganze Prozeß war ein großes Schlaglicht auf die vorwiegend Tätigkeit des Beklagten und brachte den einwandfreien Beschluss dafür, daß Bauer sich im geschäftlichen Sinne bestätigt und sich auch des Meinungsstreits schuldig gemacht habe. Das Urteil lautete nach dreijähriger Berufungsverhandlung unter Billigung mildernder Umstände auf eine Gefängnisstrafe von 12 Monaten, außerdem wurde der Angeklagte in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Bauer legte gegen dieses Urteil des Schwurgerichts vom 11. Februar d. J. Revision ein, die jetzt durch Beschluss des Reichsgerichts verworfen worden ist. Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig geworden.

## Das polnische Schulwesen in Frankreich.

Die Zahl der polnischen Schulkinder in Frankreich, die polnische Schulklassen in den Volksschulen besuchen, beträgt 21 194 (10 779 Knaben und 10 415 Mädchen), die Zahl der polnischen Lehrer beträgt 158. Die polnischen Kinderergarten werden von 3131 Kindern (1416 Knaben und 1715 Mädchen) besucht und von 93 Kindergartenlehrerinnen geleitet. Die meisten polnischen Schulkinder sind im französischen Nordfrankreich und im deutschen Elsaß!

## Eine polnische Monatszeitung in Wien.

Dieser Tage ist in Wien die erste Nummer einer neuen polnischen Monatszeitung, die den Titel „Wadowice Wiedomost“ (Wiener Kenntnisse) trägt, erschienen. Die Zeitschrift ist das Organ des Verbändes der polnischen Gesellschaften in Wien.

## Das Wiener deutsche Gymnasium gefährdet?

In Wien mögen sich Bestrebungen mit Unterstützung der Verhördien bemerkbar, ein jüdisches Gymnasium zu errichten. Um gleichen Augenblicks müßte das zu rd. 20 v. h. jüdischen Schülern befürchtete deutsche Gymnasium den Betrieb einstellen. Aus diesem Grunde fordert man die Pläne und will dem Jüdischen Schulverein zahlreiche Begünstigungen gewähren.

## Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wird Mitglieder für ihn und Lesser für sein „Ostland“. Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache

# Aus dem Ostsegebiet.

## Keine neuen Sicherungsverfahren mehr.

Der Reichskommissar für die Ostküste, Dr. Schlangen-Schöninghen, hat unter dem 15. Mai einen Rundschluß an sämtliche Landesstellen gerichtet, in dem es u.a. heißt: „Nachdem die Sicherungsverordnung nunmehr seit einem halben Jahr in Kraft ist, möchten sich die Klagen aus Gläubigerkreisen darüber, daß noch immer Sicherungsverfahren über landwirtschaftliche Betriebe neu eröffnet werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Eingriffe in die Gläubigerrechte, die die Sicherungsverordnung im Interesse der Sicherung der Ernte und der Rettung der ostdeutschen Wirtschaft vornehmen mußten, für die Beteiligten auf die Dauer schwer zu tragen sind, und daß daher den Wünschen der Gläubigerkreise, von einem bestimmten Zeitpunkt zu neuen Sicherungsverfahren nicht mehr zu eröffnen, eine gewisse Berechtigung nicht abzulehnen ist. Ohnehin

find auch nach den vorliegenden Meldungen die Sicherungsverträge, die innerhalb der längst abgeschlossenen Fristen worden waren, mit Ausnahme von Ostpreußen nahezu restlos aufgearbeitet. Es steht daher auch von Standpunkt der ordnungsmäßigen Durchführung des Verfahrens nichts im Wege, nunmehr mit äußerster Beschränkung über die noch vorliegende Sicherungsanträge endgültig zu entscheiden. Ich bestimme hierfür als äußerster Zeitpunkt den 5. Juni, für Ostpreußen den 15. Juni 1932. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß bis dahin die noch vorliegenden Sicherungsanträge auch bei den unteren Verwaltungsbehörden restlos aufgearbeitet werden. Nach diesen beiden Terminen dürfen Sicherungsverfahren nicht mehr eröffnet werden. Das gilt grundsätzlich auch für die Eröffnung von Sicherungsverfahren von Amts wegen aus Gründen des § 4 der Sicherungsverordnung; nur in ganz besonderen begründeten Ausnahmefällen kann ich die Eröffnung von Sicherungsverfahren von Amts wegen nach dem genannten Zeitpunkt noch zulassen.“

## Arbeitsdienst im Grenzosten.

Der Preußische Staat hält gemeinsam mit der Provinz Grenzmark im Kreis Schwerin (Wartburg) an der Ostgrenze umfangreiche Entwölfungsarbeiten durch. Im Kreis Schwerin wurden 1925 25 000 Morgen Wald vor der Frontlinie abholzfest und muhten gejagten werden. Ferner sind durch einen von Polen herübergekommenen Waldbrand 5000 Morgen Wald vernichtet worden. Die Folge war ein ständiges Ansteigen des Grundwassers, durch das zwei Dörfer, Rätz und Pechlügen, mit ihren gesamten Gemarkungen vollkommen unter Wasser gesetzt wurden. Die Einwohner dieser Orte mußten sich auf den Gemeindeoberhaupt von Pechlügen ihre Höfe verlassen. Sie sind durch den Elend preiszugesetzt. Zwei weitere Dörfer sind durch das steigende Grundwasser derartig bedroht, daß ihnen in absehbarer Zeit das gleiche Schicksal wie den unter Wasser gesetzten Dörfern zuteil werden dürfte, wenn nicht schlesische Abfälle gehofft werden wird. Es werden nunmehr im freimülligen Arbeitsdienst große Entwässerungsgräben gezogen werden, die das Grundwasser des gesamten Gebietes um mehrere Meter absenken und in den sehr tief gelegenen Lunkensee ableiten sollen. Der freimüllige Arbeitsdienst hat hier ein Projekt durchzuführen, das besonders in nationalpolitischer Beziehung außerordentlich wichtig ist, weil sonst das ganze Grenzgebiet im Kreis Schwerin völlig menschenleer werden würde. — Im Kreis Kreis im Kreis Deutsch-Krone ist ebenfalls ein größeres Meliorationsprojekt in Angriff genommen worden. Die Durchführung der Arbeit ist Jugendverbänden übertragen worden. Hierfür kommen nur Erwerbslose in Frage, die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beziehen. Ferner sollen aber auch solche junge Leute, die keine Krisenunterstützung beziehen, durch jährliche Mittel zu dem Arbeitsdienst zugelassen werden. Die Teilnehmer erhalten freie Unterkunft, Versorgung und ein Taschengeld von 53 1/2 Pf. pro Tag. Sie sind künftig gegen Krankheit und Unfall versichert. Arbeitsleistung wird gestellt.

Der Preußische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Sozialen hat an sämtliche Regierungspräsidenten und Landeskultusministern sowie an die Landesversammlungen und die Landesversammlungen der Freien Hansestadt Bremen die Bedeutung des freimülligen Arbeitsdienstes für die Förderung der Meliorationen dingsmeilen wird. In dem Ertrag wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß nach den bisher eingegangenen Berichten die Erfahrungen, die mit der Beschäftigung von Arbeitsleistungsfreiwilligen gemacht wurden, als rechtzeitig abzusehen sind. Insbesondere hat die Annahme, daß durch die Einführung des freimülligen Arbeitsdienstes eine wesentliche Billigung der Meliorationsarbeiten erzielt werden können, in allen Fällen bestätigt gefunden. Diese Selbstfahrt sei um so bedeutender, als es in den nächsten Jahren bei der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Staates und der Provinzen nicht möglich sein werde, die Meliorationen mit gefestigten Weihen zu öffentlichen Mitteln zu unterstützen und somit das Meliorationswerk vor der zu befürchtenden Entstehung nur bewahrt werden könnte, wenn von den Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes in viel größerem Umfang Gebrauch gemacht werde, als es bisher der Fall gewesen sei. Der Minister gibt erneut der

bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die für das Meliorationsprojekt zuständigen Behörden sich mit einem Nachdruck fortwährend hielten einsetzen und damit eine Aussicht erschließen, die, obgleich von ihrer landwirtschaftlichen und volkskulturellen Bedeutung, auch in sozialpolitischer Hinsicht als überaus wichtig und dringlich zu bezeichnen sei. Gerade die Meliorationen geben die besten Gelegenheiten, um zu erreichen, daß in wirksamer und vielfach brotbringender Weise Kräfte, vor allen Dingen die Jugendlichen, denen sonst körperlicher und seelischer Zusammenbruch drohe, in den Produktionsprozeß wieder einzugliedern. Es wird den Kulturbaubehörden und Landeskulturbaubehörden überlassen, festzustellen, welche Unternehmungen für die Einstellung von Arbeitsdienstfreiwilligen in Betracht kommen. Empfohlen wird vom Minister darauf hinzuweisen, in erster Linie einzurichten mittelst einer Kreisförderung, die einen unmittelbaren Ertragshergang und eine spätere Wirtschaftlichkeit versprechen und deren Kapitalisierung ohne belastende Sonderregelungen möglich ist. Soweit die Träger der Arbeit (Gemeinden, Städte, Gemeinden, Kommunalverbände u.ö.) die durch den Salzfuß von 2 1/2 je Tagewerk nicht gebotenen Kosten aus eigenen Mitteln nicht aufzubringen können, wird die Aufnahme vorbilliger Darlehen notwendig sein. Der Minister stellt den Behörden anheim, ihm entsprechende Anträge zwecks Weiterleitung an die Kreditinstitute vorzulegen, die sich die Unterstreichung von Meliorationen zur Aufgabe gemacht haben.

## Entschädigungswesen.

### Reichsschuldbuchforderungen.

Der Rücktritt des Kabinetts Brüning hat sich leider ungünstig auf die Entwicklung des Schuldbuchmarktes ausgewirkt. So daß ein weiterer Rückgang um 4 bis 6 % erfolgt ist. Es wird in Wirtschaftskrisen befürchtet, daß seitens der neuen Regierung eine Änderung auf dem währungspolitischen Gebiet eintreten, durchgeführt werden könnte. Diese Gesichte, welche wohl von gewissen Kreisen abschließlich vertrieben werden, haben naturngemaß eine große Bewirbung bei den Besitzern von Schuldbuchforderungen herverursacht, so daß diese sich veranlaßt fühlen, ihren Besitz an Schuldbuchforderungen abzutun. Dieses dürfte wohl die Hauptursache für den Kurzrückgang der Schuldbuchforderungen sein. Wir glauben jedoch, daß von einer neuen Regierung, gleich welcher Partei es in ihr vertraten sind, währungspolitische Maßnahmen nicht zu erwarten sind, die eine weitere Entwicklung der Schuldbuchforderungen herbeiführen könnten. Wahrscheinlich die unverbindlichen Verkaufspreise vom 1. Juni 1932:

	I.	II.	L	II.
1933	91 v. H.	90 v. H.	1939 . . .	50 v. H.
1934	74 v. H.	71 v. H.	1940 . . .	50 v. H.
1935	67 v. H.	64 v. H.	1941 . . .	48% v. H.
1936	61 v. H.	59 v. H.	1942 . . .	46% v. H.
1937	54 v. H.	52 v. H.	1943/48 . . .	45% v. H.
1938	52 v. H.	50 v. H.	1949 . . .	45 v. H.
			Vorderaufbaupauschalge 15-16 v. H.	

Sorben wird eine Veröffentlichung des neuen Reichskapers von Papen bekannt, nach der irgendwelche Änderungen auf dem Währungsbereich von der neuen Regierung nicht gemacht werden. Die Auslastung hatte zur Folge, daß eine Erholung auf dem Rentenmarkt eintrat und insbesondere die Kurse der Schuldbuchforderungen höher bewertet wurden. Hoffentlich wird sich diese Haushaltsempfehlung fortsetzen.

## Bundesnachrichten.

### Unterbringung deutscher Tieriemarkt aus Polen.

Wie aus dem Bericht über den Vortrag der Frau Frieda Lanjke auf der Bundestagung des Deutschen Olbundes (siehe Seite 269/70) hervorgeht, hat unter Auftrag, der die Bitte an unsere Landsleute im Reich enthielt, deutsche Kinder aus den obengenannten Ostgebieten während der Serien bei sich aufzunehmen oder eine Geldspende für Unterbringung solcher Kinder an den Deutschen Olbund einzulegen und zwar auf unser Volkscheckkonto Berlin Nr. 104 726 in folgender extremen Erfolgs gehabt, als bis jetzt schon die Aufnahme von mindestens 70 Kindern geschafft ist. Wir freuen uns, daß es trotz der Not der Zeit möglich gewesen ist, in dieser Hinsicht einen größeren Erfolg zu erzielen als je bisher und danken von ganzem Herzen allen, die sich an diesem Liebeswerk bisher beteiligt haben. Zugleich aber richten wir erneut die dringende und herzliche Bitte an alle unsere lieben Landsleute, Männer und Frauen, die irgend in der Lage sind, auch ihrerseits während der Serien ein solches Kind aus der lieben alten Heimat aufzunehmen und ihm dadurch ein unfabrikates Glück zu bereiten, was doch schließlich die Bereitwilligkeit dazu mitzuverleiht oder, wenn das nicht geht, dieses für das Deutschland in unserer alten Heimat so überaus wichtige Liebeswerk durch eine Geldspende zu unterstützen. Jede, auch die kleinste, Gabe wird dankbar angenommen. Doppelt gilt, wer bald gibt!

# Aus der Bundesarbeit.

## Versammlungskalender.

**Ortsgruppe Friedrichshagen:** Sommerausflug am Sonntag, den 5. Juni 1932, nach Lebert's Waldschloß in Hirschgraben, um 4 Uhr.

**Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf:** Sommerausflug am Sonntag, den 5. Juni, nachm. 2 Uhr, nach Schulzendorf, Gartenlokal "Lindenhof". Eintritt frei. Gäste willkommen. Gleichzeitig dort auch Monatsversammlung.

## Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Liegnitz hatte die Mitglieder der Heimatfreuen Verbände, die Oberstufen-, Ost- und Wolfsschulen, Sudetendeutschen, Schleswig-Holsteiner und Rheinländer für 17. Mai ins Schützenhaus zum zweiten Landesmannschaftlichen Abend eingeladen. Musikalische Vorleistungen des Pausenbundes eröffneten und umrahmten die Vortragsfolge. Nach einem Vorspruch "Olmärker Döbeln" von Franz Südke, von Fräulein Wiedemann geprägt, hielt der 1. Vorsitzende, Studentenrat Schmalz, eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. den Zweck der Landesmannschaftlichen Abende erläuterte. Man erfreute insbesondere, so führte er u. a. aus, ein engeres Zusammenarbeiten und eine stärkere Beteiligung der fremden und besonders ostdeutschen Ideen an. Tradition sollen die einzelnen Interessen der verschiedenen Heimatfreuen Verbände gewahrt werden. Der zweite Landesmannschaftliche Abend befreite den offiziöseren Charakter. Der Redner straffte dann noch das Gesicht der Memeldeutschen, den Memelkonflikt und wies Kerner auf die gegenwärtig gepanzten Danziger Verhältnisse hin. Den lobhaften klaren Ausführungen des Redners dankte lebhafte Beifall. – Ein Melodrama "Der Organist von Schmalzkatzen", geprägt von Fräulein Graeve und am Sligen von Fräulein Ursula Schmalz beginzte, sob den Aufstoz zu dem Spielstil. Wir hielten das Land". Es handelt sich hierbei um ein schmückliches Heimatstück in drei Aufzügen, das in einem weipräussischen Dorfe vom Mai bis Juni 1919 spielt. Das Heimatstück zeigt mit alter Deutlichkeit die Entbehrungen und schweren Opfer, die die deutschen Volksmassen in den durch den Verfehlten Vertrag verlorenen Landesteilen bringen. Nach dem Heimatstück hielten musikalische Darbietungen und Tanz die Zuhörer noch mehrere Stunden zusammen.

**Frauengruppe Liegnitz.** Am 19. Mai beging der Frauendienst sein fünfjähriges Stiftungsfest im Garten der Brakommune. Von den 60 jähr. Frauengruppe gehörenden Damen waren fast 50 erschienen. An blumengeschmückter Tafel nahm man den Kaffee ein, zu dem in liebenswürdiger Weise von den Ostböhmischoberen das nötige Gebäck in reichem Maße geliefert worden war. Danach gab die Vorsitzende einen Rückblick und Ausblick über die Entwicklung und Entwicklung der Gruppe, das treue Zusammenhalten und den lebendigen Opfergeist für bedrängte Ostmärker. Herzlicher Dank lobte ihr ein. Ein lustiges Preisgefecht hielt die Anwesenden bis in die Abendstunden zusammen und brachte gar viele nützliche und angenehme Überstreuungen. Gründerin und Vorsitzende der Frauengruppe ist Frau Irene Schmalz.

## Landesverband Schlesien.

**Ortsgruppe Breslau:** In der Aprilversammlung überreichte der 1. Vorsitzende den Mitgliedern Oberstufenleiter Dr. Jahn, Hermann Rieper, Hermann Pünktke, Martha Südke, Hermann Juncker, Maria Liebau und Martha Kieß die Kreismedaillen des Deutschen Ostlandes. Herr Oberstufenleiter Krau, der durch Krankheit an Besuch der Monatsversammlungen behindert war, wurde dankbare Ehrengäste. Zum Abschluß der gesellschaftlichen Teiles sprach Herr Oberstufenleiter Dr. Jahn. Er legte seinem Ausführungen das vor einigen Tagen erschienene politische Buch von "Confiditibus" zugrunde, in dem die Abfichten der Polen auf die deutsche Ostmark offen dargelegt werden. Polen glaubte, im Vertrage von Versailles betrogen zu sein, Deutschland habe zuviel Gebiete im Osten erhalten und sei daher immer noch gefährlich. Der Kampf gegen die Deutsche Polen und außerhalb Polens führe vor allem der politische Widerstand. Das Buch verlangt eine Revision der Grenzen, es behauptet, Deutschland trage jetzt Kriegs- rüte gegen Polen, habe die Abstimmungen in Ost- und Westpreußen und über Schlesien gefüllt, führe im Paß überfüllige Provinzen gegen Polen und habe den Polenkrieg vom Januar gebrochen! So befandt sich Deutschland nach Meinung des "Confiditibus" tatsächlich im Kriege mit Polen, das nun zur Gegenwehr vorbereiten müsse. Solle, so heißt es in dem politischen Buch, im Osten Frieden herrschen, so müsse der Einfluß Deutschlands ausgeschaltet, müsse zunächst Osthessen zerstört werden. Darauf sei ein Bündnis zwischen Polen und Ukraine vorausgesetzt, damit diese beiden Staaten Osthessen unter sich entstehen könnten. Ebenso sei eine Teilung Oberschlesiens zwischen Österreich und Polen notwendig, ferner müßten die Großstadt Görlitz und die Festung an Schlesien fallen. Den Rest von Schlesien mit Einschluß der Stadt Breslau müsse Polen erhalten. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland müsse von der Paßfurt über Frankfurt a. O. durch die Grenzmark geführt werden. Eine solche Regelung, so schreibt "Confiditibus" weiter, liege auch im Interesse Deutschlands, denn dadurch würden seine Grenzen im Osten um über die Hälfte verkürzt und somit seine Sicher-

heit vergroßert werden. Es könnte sich auch daher mehr seinen Aufgaben im Innern des Landes zuwenden. Was nun die Bevölkerung in an den Polen abtratenden Gebieten betrifft, so sprache dies möglicherweise deutlich, aber ihrer Wohnung nach sei sie polnisch und werde es daher begrüßen, zu ihrer Mutterlande zurückkehren zu können. Dass Danzig dem politischen Staate einverlebt werden müsse, sei eine selbstverständliche Forderung. So zeige das Buch, schloß der Redner, welche Gefahren das Deutschtum im Osten von Polen her bedrohten und daß Polen bestrebt sei, die ganze Ostmark zu vernichten. Der überaus starke Beifall zeigte Herrn Oberstufenleiter Dr. Jahn, wie fehlt er die Zubereitung mit seinen temperamentuellen Auseinandersetzungen in seinen Bann geschlagen hatte. Wir alle haben wohl den Wunsch, Herrn Dr. Jahn, dem wir auch auf dieser Stelle für die wunderbare Stunde, die er uns bereitete, Dank sagen, steht bald wieder in unserer Ostböhmen sprechen zu hören. Nach herzlichem Dankesworten an den Vortragenden schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

## Landesverband Freistaat Sachsen.

**Ortsgruppe Dresden:** In der in "Sachsen-Poeten" vom 1. Vorsitzenden, Herrn Oberstufenleiter R. S. Fräulein, geleisteten Versammlung hielt der Dozent an der Technischen Hochschule, Herr Zwinger, einen Vortrag über "Der nationale Gedanke im Zeichen der neuen Sozialkriege". Anknüpfend an das Werk Grimms in seinem Werk "Volk ohne Raum": "Wir Deutsche haben nichts davon, daß wir Deutsche sind", wies er auf den geopolitischen Grund des englischen Nationalstheismus hin. Der Engländer meint, daß jeder Engländer ein Kapital darstellt, da er mehr verdient als jeder Angehörige eines anderen Staates. In der Einleitung begründete er das Schaffen des deutschen Nationalstheismus durch die biologische Tatsache, daß ein Organ verkümmert, wenn es sich nicht benötigt. Der Vortragende zeigte die Gegensätze zwischen der Kultur vor 1914 und jetzt. Überall galt der Grundsatz: „Mehr Scheinen als Sein“. Ausgedrückt unter anderem durch Stuck-Ornamentik, Vertikale, Rippen-Soden, Rosetten. Ebenso die nationale Gewinnung. Sie steht nicht mehr fest, mehr oberflächlich – demagogisch steht die jetzige Ausdruckskunst. Schlüß, einfach die Möbel, nur verschönert durch die Politik, ebenso die Gewinnung. Der Stoff auch das nationale Denken entsprechen. Wie sollen uns frische machen von Illusionen. Diese haben uns vor dem Kriege oft gefehlt, wie in der Beurteilung der kriegerischen Kraft unserer Gegner. Nur müssen wir den Gegner sehen und beurteilen, wie er ist. Dann können wir ihm auch überwinden lernen. Durch die Bejubelung können und sollen die Grenzen die Bevölkerung über Westen und Kraft der Feinde Deutschlands auf Grund ihrer genauen Kenntnis der Grenzfeinde aufklären. So können es die Rhine- und Ruhrländer nach dem Kürbirkrieg, durch dessen Brutalität sie aus laren, mehr international denkende Deutschen zu bewußt national Empfindenden erzogen werden. So können und sollen es auch die Ostmarktaler tun. Klar den Gedanken in Polen seien, was er kann, wie er ist, wie z. B. Oerken in seinem Buch: „Das ist Polen.“ Nur Tschechen, wie z. B. die blutigen Dragonen gegen die Ukrainer, das Wüten der Russenstädtler in Oberschlesien zeigt er, ohne Wortgerank, ohne Phrasen. Und gerade das wirkt überwältigend in den internationalen Welt. „Was nieherstetnd das in mehreren Sprachen überseht“ Buch für unseren östlichen Feind wirkt, zeigt die Tatsache, daß es in Polen verboten ist. Die „Oberstenregierung“, von den Cethen ausgesandt, schübert, die Polen immer mehr militärischer, fotschöpferisch macht, die ihr Gefühl immer mehr gegen Westen richtet (siehe Danzig), wird immer weiter geben in ihrem nationalen Ausbildungsinstitut gegen die Minderheiten und Grasen. So wird Breslau durch seine Hauptpolitik das am Teil noch schließende Volk zum nationalen Erstaunen bringen. Lebhafter Beifall abholten die Vortragsreden, die Vorsitzende "Ostmark" R. S. Fräulein einen Überblick über die Opolistik. Nach einem Hinweis, daß der neue alleinige Vertreter ehemaligen deutschen Bürgertums in Memelland und Litauen ja schrecklich folgen soll für die Verwaltung desselben, wie er auf die hämig drohende Gefahr für Danzig und Olpreissen hin, Tschechien glaubt auch in Osteuropa eine Stunde gekommen, seine Hegemonie über Europa aufzurichten. Aufgrund, daß im Osten gebunden durch die jugoslawische Gefahr in der Montanabur. England kämpft um sein westlichstes Vorfeld, Frankreich sieht seine Hände frei. Je bedeutender Welt werden in Lettland immer weitere tschechische Schulen neu eröffnet, deutsche geschlossen. Damit schließt Lettland immer weiter aus dem deutschen Kulturfeld aus, dem es bis jetzt noch angehört. So entsteht ein neuer Stützpunkt für Frankreichs Verteidigung an der Ostsee. Und da ist ihm Polen ein guter Helfer. Im möglichen Stunde erst würde durch das Danzigerzentren des Volkerbundkommissars für Danzig, Graciano, die Weltbergerichtung Danzigs die Polen an. Mai verhindert. Doch ist die Gefahr noch keineswegs für immer gebannt. Auch sehr bedenklich ist es, daß als erprobten Aufstandsführer der Polen im Weißeliktorbund sich aufstellen. – Kortanty, der Organisator der oberschlesischen Aufstände, ebenso der General Haller, der ehemalige Kommandeur der polnischen Truppen, die im Weltkrieg von Frankreich aufgekettet wurden. Groß Mieczyslawski, der aktive Führer der Aufständischen in Oberschlesien. Ebenso bedenklich ist der Aufenthaltsort des französischen Generals Le Rond, der als „Aufsichtswohrtüftler“ der Danziger Werft in Danzig wohnt. Dass die weibliche Bevölkerung der „Soko“-Turnvereine, Schülervereinde u. a. mit modernen Geweben, Malzimengenreben und Camaks. Geschäftlich für Deutschland

Es auch, daß der Gegenst. Piłsudski-Dmowski auf außenpolitischen Gebiete ausgesiegt ist. Während Piłsudski den Kampf gegen Russland wollte, um Weißrussland und die Ukraine zu gewinnen, forderte Dmowski die Eroberung Ostdeutschlands bis zur Oder. Alle Angriffe sprechen dafür, daß Piłsudski nur die Dmowskischen Pläne unterstützen. (Siehe die Ereignisse im Korridor)

### Aus bestreuten Verbänden.

Die Vereinigungen ehemaliger Angehöriger des Chörner Regiments veranstalten am Sonntag, dem 5. Juni 1932, nachm. 16 Uhr, in Pandes-

ausstellungspark (Utopia) Alt-Moabit 4–10 (ehem. Bahnhof) zusammen mit dem Chörner Heimatbund ein Garnison- und Heimfest. Das Programm sieht vor: Gartenkonzert (Kapelle der Kommandantur Berlin), Chorgesang (Gefangensitzung des Chörner Heimatbundes), Ansprachen (Oberst a. D. Lüdke, Schatzgaskommendeur des ehem. Inf.-Rgts. Nr. 21, und Oberstleutnant Dr. Hesse, Sloga, letzter Oberbürgermeister von Chor), Vorlesungen der Gesinnungsvereine, Turnierliche Vorführungen, Sacklung, Japsenkrieg. Anschließend im Saale Tanz. Eintritt in den Garten und zugleich zum Tanz in Saal beträgt nur 50 Pf., Kinder unter 14 Jahren sind frei.

## Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

### Personelles.

#### Superintendent i. R. Julius Dehmel †.

Wie uns der Vorstand der Ortsgruppe Bad Warmbrunn mitteilt, ist am 28. v. M. dort Superintendent i. R. Julius Dehmel im Alter von 68 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein in weiter Kreisen bekannter und beliebter Seelsorger dahingegangen, der seine ganze Amtszeit im Osten verbracht hat. Nachdem er zunächst Pastor in Polkowice (Schlesien) gewesen war, wurde er als zweiter Pfarrer an die St. Pauluskirche in Posen berufen. Nach langjähriger verdienstvoller Tätigkeit in diesem Amt erhielt er einen Ruf nach Erdmannsdorf, wo er zum Superintendenten des Kirchenkreises Hirschberg ernannt wurde, kehrte von dort 1910 als Pfarrer an die Kreuzkirche und Superintendent des Kirchenkreises Posen I nach Posen zurück und war dort bis nach dem politischen Umzug tätig. Während des Weltkrieges verlor er seinen einzigen Sohn, der als Leutnant im Posen I. Grenadier-Regiment fiel, ein Schloß, den sein Vaterherz nie verwunden hat. Nach dem politischen Umzug nahm er sich nicht nur seiner Gemeindemitglieder mit gewohnter Hingabe an, sondern betätigte sich mit allen Kräften auch für die Wohlthat des Posener Deutschlands im Durchstichsbund u. s. w. Als er 1920 Posen verlassen mußte, ging er als Superintendent nach Jauer. Leider erkrankte er dort sehr bald infolge eines schweren Nervenleidens, das ihn 1924 zwang, in den Ruhestand zu treten. Er zog erst nach Hirschberg und überredete später noch nach Bad Warmbrunn. Sein Leben verblüffte sich fortgesetzt, so daß der Tod von ihm ein Erfolg war. Ein treuer Seelsorger, ein Mann von tieferer Lebensausfüllung, mit einem in gesunden Tagen fröhlichen Herzen, ein echter Deutscher, Judentum, aber katholisch, großherzig und edel, ist in ihm dahingegangen. Unter den jüngsten wie unter den früheren Posenern wird die Nachricht von seinem Heimgang tiefe Anteilnahme hervorruft.

#### Die erste ostpreußische Siegerin.

Fraulein Ursula Böhr, die 24jährige Tochter des verstorbenen Bourrats Böhr, ist als erste Motorfliegerin Ostpreußens auf dem Königsberger Flugplatz ausgebildet worden und wird in kurzen ihren ersten Langstreckenflug unternehmen. Die junge Siegerin ist gebürtige Königsbergerin.

\*

Schwarz: Major a. D. Osterreicher, der im September 1914 durch energisches Verhalten mit seiner schweren Haubitze Batterie 111 zur Befreiung Tiflis von den Russen beigetragen hatte, wurde durch Überreichung einer Thronurkunde des Tifliser Artillerie-Bataillons, dessen Mitbegründer und Ehrenvorsteher er ist, geehrt.

Bernähler: Löher Heinrich Rathsig, Frankfurt a. M., Ortenberger Straße 52, und Martha Reichs geb. Steffmann.

Silber: Hochzeit: Kaufmann Alfred Höfele mit seiner Tochter Dora, geb. Bernhardt, in Friedelschagen, früher Kaufmann in Elstow, Kreis Culm, am 28. 5.; Kaufmann Alfred Höfele & C. und Frau Emmy, geb. Höerner, früher Gärtnerin Posen/Unterberg, jetzt Berlin SW 66, Charlottenstraße 97, am 6. 6.

Begehrte Ostfahrer: Frau verm. A. Neuhäusler, früher Wollstein I. Pol., jetzt in Dresden-A. Gustav-Stratz-Straße 18, am 10. 6. 75 J. öst.; Frau Luise Meister, geb. Henckel, Oberförster des Oberpostamts am 28. 5.; Alfred Günther, früher Berlin-Wittenau, Lindenweg 5, am 3. 6. 70 J.; Alfred Günther, früher des Hotels "Goldener Löwe" in Hoyerswerda-Löbel, früher Rothensee a. d. Odra, am 20. 5. 60 J. (an gleichen Tage verlobte sich sein Sohn, der Gutsbesitzer Alfred Günther aus Dobberschau mit Fraulein Käthe Kroll, Hoyerswerda); Auguste Müller, geb. Hörmann, geb. Berlin A. 56, Wolliner Straße 2, früher Krötolshain, am 10. 6. 70 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost); Frau Berlin Müller in Berlin, Stralauer Platz 5, früher Krötolshain, am 10. 6. 70 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost); Gottlieb Jahn, Frankfurt a. O., am 15. 5. 70 J.; Friedrich Schäfer, Frankfurt a. O., am 15. 5. 70 J.

Gestorben: Oberpostsekretär i. R. Eugen Altwasser in Oppeln, Redenstraße 10, früher Villa und Posen, am 24. 5., 71 J.

\*

### Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Schnedemühl. Vom 10. bis 18. Juni findet in Schnedemühl der erste grammatische Segelflugkurs statt. An ihm können 15 Lehrpersonen von Volks- und Mittelschulen teilnehmen. In Frage kommen Lehrpersonen größerer Schulsysteme, die die Werklehrprüfung bestanden haben oder sonst an dem Segelflug interessiert sind. Die Ausbildung erstreckt sich auf: Physik

des Fluges, Flugzeugmodellbau, Bau von Flugzeugteilen und Gleitflug. Unterbringung und Verpflegung erfolgen kostenlos im Heim Pöltka.

### Aus der uns geraubten Ostmark.

#### Aus Posen.

Mogilno. In der Nacht entstand aus bisher unermittelbarer Ursache auf dem Bodenraum der Gärberei Skorynki in Potschaw Jeuer, welches mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß in kurzer Zeit ein Teil der Gebäude zerstört gelegen wurde. Mitverbrannt sind verschiedene Chemikalien, Gerüte, 200 Stück rotes Leder, Elche und anderes mehr. Der Schaden, der auf 100.000 Zloty taxiert wird, ist durch Verhörführung geklärt.

Hohenfelde. Auf der Strecke Hohenfelde-Kruschwitz ist zwischen Hohenfelde und Montag auf dem Bahnkörper auf mehr als 100 Meter vollkommen verdeckt. Der Verkehr ist auf längere Zeit unterbrochen. Die Züge fahren nur bis Montag, wo dort mühsam die Rohrleitung mit Autobussen befördert werden. Die Verlockungen dürfen im Zusammenhange stehen mit den großen Erdbebenen in den Jahren 1912 und 1913. Damals versuchte plötzlich eine ganze Seite des neuerrichteten Mutter-Gottes-Kirche, ferner ein großes vierstöckiges Rathaus mit dem gesamten Inhalt. Die Einwohner konnten nur ihr nächstes Leben retten. Auch an anderen Stellen Hohenfeldes bildeten sich Erdbebenungen, so daß eine große Zahl von Häusern geräumt werden mußte. Die Erdbebenungen sind auf unterirdische Schuttströme zurückzuführen, die 1909 in das Schmelzwerk Hohenfelde einbrachen und es betriebsunfähig machen.

#### Aus Westpreußen.

Dirschau. Die Dirschauer deutschen Schüler haben über eine neue polnische Schikanen zu klagen. Bekanntlich hat man ohne Grund das deutsche Programm in Dirschau geschafft und die Wiedereröffnung ebenso verzögert wie die Eröffnung einer deutschen Volksschule. Als die Schüler nun das deutsche Gymnasium in Pr.-Stargard beluden wollten, wurde ihnen, nochdem sie alle Vorbereitungen getroffen hatten, um ersten Schultag auf Grund einer neuen Anordnung des Chörner Schulkomitees die Teilnahme am Unterricht verweigert. Da die Schüler alle Monatskarten gekauft hatten — Schülermonatskarten waren ihnen verneigt worden —, ließen sie die noch unbekannten Karten obhängen, um den Preis zurückzuholen. Die Staatsbahn hat jetzt die Erfassung des Betrages für die Monatskarten verweigert.

Ödingen. Bei den großen Bauten in Ödingen sind viele Unterholzungen vorgekommen. So wurde märderartiges Material verordnet, so daß Rebstäbe heute schon wie Räume aussehen, ferner sind ungeheure Materialverschwendungen in Rechnung gestellt worden, die nie erfolgt sind. Die Gesamtkosten der Unterholzungen belaufen sich auf 19 Millionen Zloty. Wegen dieser Unterholzungen ist jetzt gegen die Unternehmer Kotlinski, Kukuski und Calermow ein Verfahren eingeleitet worden. Die Anklage kostet jetzt über 600 Seiten stark.

Rosk. Ein deutscher Handwerksmittel in Rosk bekommt ein Strafmandat in Höhe von 3 Zloty, weil er den Lehrling R. nicht zur Fortbildungsschule geführt habe; der betreffende Lehrling ist jedoch bei ihm beschäftigt gewesen. In der Meinung, den Lehrling leicht befreien zu können, möchte er den handwerklichen Berater, daß der Betreffende nie zur Schule geführt hätte. Er sendet den Strafbefehl zurück. Darauf kommt eine Verhörführung von der Starostei zum Termin. Da er die polnische Sprache nicht beherrscht, wird er zum Bewußtsein seines polnischen Rechtes natürlich nicht auf „verurteilt“ ihn die Starostei durch ein neues Strafmandat in Höhe von 10 Zloty. Darauf reicht er ein Schreiben in polnischer Sprache ein, in dem der Betriebseid dargelegt wird; in diesem wird die Behörde gebeten, die Strafmandate zurückzuhaben, anderfalls gerichtliche Entscheidung beantragt und Dasein an höherer Instanz eingeleget würde. Die Amtswort kommt außergeröömäßiger Schnauz, und zwar ein Strafmandat in Höhe von 50 Zloty wegen „ungesetzlichen Betriebes“ vor Behörden. Selbstverständlich hat darumhin der Meister sofort gerichtliche Entscheidung beantragt. Ein Beispiel für die alltäglichen Schikanen, denen deutsche Gewerbetreibende in Polen ausgesetzt sind.

### Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Wer die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Angelenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

# Ostmärker! Provinziale! Glänzende Existenzen!

Geschäftsgrundstück (Colonialwaren) in einer sehr industrieichen Stadt Pommerns, nahe den Osterseebädern. Preis: 9 500. Anzahl: 3 500.

Moderner Restaurationsbetrieb, Bier- und Spezialitäten mit Ausgabekontor von Spezialbräu, sowie Konzert- u. Tanzstätte in Frankfurt a. O. Preis: 6 000.

Großwirtschaftliches Grundstück zum Betrieb einer Geflügelfarm geeignet, im Kreisstadt Schönhagen, nahe Bautehn. Preis: 16 000. Anzahl: 4 000.

Bahnhofsgegend Ziegelde m. Landwirtschaft in einer Kreisstadt der Neumark. Konkurrenzlose Voll-Erzeuger! Preis: 20 000.

Rt. Glarus (Schweiz) Industriehausgehofft für alle Zwecke, bisherige Käsefabrik, 1000 qm hohe Arbeitsräume mit gr. Keller, Altkunst: 112 000, weit unter Wert verkäuflich. Anmeldung nach: Gerberstraße, Rt. Aargau, Landhaus, Ein- bis Dreifamilien-, str. 3500 und str. 8000.

Damwildschäf. (40 Jäger) gleich 144 000 qm am Schweizer Bodensee. Preis: 70 000.

Hotel mit Gemüse- und Ziegarten, ein unmittelbarer Höhe des Bahnhofs L. Kantons Aarau. Preis: 50 000. Dürchsee: Villengrundstück, pass. für Zubehör, Arzt, Klinik, Pensionat, Preis: 200 000.

Öselb. am bilden. Reiblandgebäude. Schuhgeschäft i. Großfeld. Preis: 4 000.

Landwirtschaftliches Gehöft, für Probleme, Sutter- u. Getreidehandlung oder für Baumwollföhrung geeignet, nahe den Städten Leipzig u. Merseburg. Preis: 12 000. Anzahl: 6 000.

Bekanntes Vergnügungs-Etablissement, Konzert-Restaurant, Café, Tanzlokal, Bierumrahm 1200 hl. in Halle. Preis: 25 000.

Colonialwarengrundstück m. Drogeriehandel u. Tankstelle, 5 Morgen, Einheiten, Nähe Neustadt. Preis: 5 500.

Geschäftsgrundstück für alle Geschäfts- und Sektionsbetriebe, in einem thüringischen Städchen. Preis: 16 500. Anzahl: 7 000.

Pensionatsgrundstück m. Kleinersee in bekanntem Gebirgskurort u. Heilbad des Oberharzes. Preis: 15 000.

Grundstück mit Colonialwarengeschäft, an Hauptgeschäftsstraße im Ambolt einschl. Barenloget. Preis: 12 000.

Büchergrundstück, außerordentlich verkehrsgünstig in der Hauptstädtestrasse einer lebhaften Stadt der Oppelnegau 10 000.

Geschäftsgrundstück in Colonialwarenhandlung, Kaffeehäuser und Spirituosenkleinhandel in Kleinpolitz Pommerns. Preis: 10 000.

Bildprojektion kostet los durch: KOCH & CO., Berlin W 10  
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützen 5933.

## Landwirtschaften

83 Mrg. Meienboden, einheitl. 11 Mrg. Wiege, gute Lebb. u. totes Inn. Kreis: 38 000. Ums: 15 000 M. 70 Mrg. Weißbod., einheitl. 8 Mrg. Wiege, pr. moli. Gebd., gutes Lebb. u. totes Inn. Kreis: 8000 M. Ums: 17 000 M. beide Wirtschaften liegen im Dorf mit Bahnhofstation nahe der Kreisstadt Angermünde.

## Fließereigrundstück

Kreisstadt, gute Lage, mali. Gebäude, kompl. elektr. Anlage u. Einrichtung, schöner Laden, 5 Jähne, frei, außerdem 1800 M. jährl. Mieteinnahme. Pr. 37 000 M., Ums: 12 000 M., vert. fol.

W. Freym, Angerlände,  
Altmarkendorfer Straße 10.  
Telefon 182.  
Bei Besichtigung  
Anmeldung erbeten.

## Herrschäftliches

### Ertragstrügergut

best. Lage So. 1. - 3. Kl. altershalb, vert. günst. Abholzsch. Bahn und Stadt 2 Km., 112 ha, davon 18 best. Wiege u. Weide. Eigene Jagd. Überholz, lotes u. selb. Inventar. Nur Releff, nicht Vermittler, die nachweislich über ca. 100 000 M. bar verfügt, werden berücksichtigt. Absolut distrest. Preis: unter 2544 an das Öland erbeten.

## Ehem. Deutscher Flottenverein Ortsgruppe Hohenzollern E. V.

In jahrelangen Bemühungen ist es endlich gelungen, für das von den Polen beschlag-nahmene Bootshaus in Umfang und Grund des Liquidationsabendes gegeben eine Verabredung zu erhalten.

Dies soll zur Einlösung der von uns im Jahre 1917 herausgegebenen Anteilscheine dienen. Wenn wir damit auch nicht alle Wünschen gerecht werden können, so können wir schon jetzt mitteilen, daß die Ausführung des Liquidationsabendes wesentlich höher liegen wird, als die Auswertung nach Sopotski.

Die Auslösung erfolgt gegen Einwendung der Anteilscheine. Die Befriedungen werden gebeten, ihre Forderung unter Angabe ihrer reihenfolge und der Bitte: B. Nr. der Anteilscheinreihen mit bis zum 1. Juli 1932 anzumelden.

Sollten die Anteilscheine verlorengegangen sein, so haben die Einlösungsberechtigten unter Angabe der Bitte: B. Nr. eine Erklärung abzugeben, daß sie mit Zustand des Liquidationsabendes keine Forderungen mehr an den Verein haben.

Berlin W. 9, den 18. 5. 1932,  
Potsdamer Straße 1a.

J. Vollm.;  
M. Rayma, Steueramtsbüro-Berichter a.D., Steuer- und Wirtschafts-Sachverständiger.

## Nachruf!

Meinem Manne, Heinrich Engel, Greifenhagen, gestorben 5. Juni 1931, ganz Gedächtnis.

Ein Jahr ist's her, seit Du mich hast verlassen, Ein drittes Jahr, für mich unendlich schwer. Ich kann und kann es immer noch nicht lassen, Und doch ist's wahr, Dein Mund er spricht nicht mehr. Trok aller Leiden, die Du hast ertragen, Qualvoller Schmerzen, oft kaum anzusehn, Du hofftest doch bis in den letzten Tag.

Dich noch einmal gefund zu sein, Es sollt' nicht sein. Du hast nun überwunden, Ruht schon ein ganzes Jahr in Deinem stillen Haus, Schlaf wohl, gelebter Mann, daß ja nun Ruh gefunden, Schlafl sonst und ruhig nun von Deinen Leiden aus. Ich hab Dir leiden, noch im Schmetz Dich weinen. Um Menschen, die Dir, o, o, wert web getan, Wenn sie auch noch so harmlos haben zu erscheinen, Ich kann sie nicht vergessen, die Tränen von meinem Mann.

Helene Engel, geb. Wellnitz, Greifenhagen, fr. Hohenfelza und Zin, Broding Posen.

## Junge Ostmärkerin

### Nettes gewandtes

### Mädchen

polnisch, russisch, tschechisch, Schriftstellerin, Mithilfe im Haushalt und Bedienen der Gäste sofort gesucht. Bewerbungen mit Bild und Gehaltsansprüchen erbeten unter Postfach 36, Nisbrosz, Österreich.

## Übersetzungen

Fritz Bitkower, Berlin W 35, Magdeburger Str. 30, I. Tel.: B 2, Lützow 3469.

## Die Festchrift

die zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Christuskirche in St. Lazarus und des Matthäuskirche in Wilna von den Pfaffen D. Rohde und Brummel in Polen herausgegeben worden ist, und die in Nummer 19 (S. 22) von Pastor Grüttler empfohlen wird, ist von größtem Interesse für ehem. poln. Preußen.

Bewerbungen auf diese Festchrift können unter gleicher Einwendung des für unsere Zeiter ermäßigung Betrages von 80 Pf. und 20 Pf. für Postgebühr und Versandung zusammen also 1 RM. auf das Postkonto Berlin 104 726 an uns aufgegeben werden.

## Deutscher Ostbund

Abteilung Buchverband

Berlin W 30, Mohrstraße 22.

## Preuß. Staats-Lotterie

### Lose 3. Kl. am 15. und 16. Juni

Ziehung:  
Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnahmen

Berlin W 35, Potsdamer Str. 116a,  
Ecke Lützowstraße.  
Fischer in Katowitz, O.S.  
Tel. Lützow 3895.